

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 326 · 27. JAHRGANG · AUSGABE 11/2022 VOM 15. NOVEMBER 2022 · 1 EURO

5 | »Ausloten,  
was möglich ist«  
Kompromißsuche für Radfahrstreifen

9 | Der Ruf nach  
schweren Waffen  
Schweyk solidarisch mit der Ukraine

13 | Abschiebungen und  
Isolation  
Demo vor der Ausländerbehörde

## Die Unkultur der Bilderstürmerei

Die Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler fordert angesichts zunehmender Attacken auf Kunstwerke unschätzbaren Wertes eine spürbare Strafrechtsverschärfung. Erst jüngst haben selbsternannte Aktivisten im Museum Barberini ein Werk von MONET mit Kartoffelbrei übergeben. Diese Formen des vorgeblichen Klimaprotestes häufen sich und dienen ausschließlich der persönlichen, medialen Inszenierung. Mit Umweltschutz, Debatte oder Protest haben sie nichts zu tun. Vielmehr werden Kulturgüter, die mitunter Epochen der Kunstgeschichte geprägt haben, in bedrohlicher Form angegriffen. Dies gefährdet den Erhalt prägender Kunstschätze und erfolgt zum Nachteil der Museumsbesucher. Viel zu oft werden solche Attacken als kreative Protestform verharmlost.

Deswegen sprechen wir uns dafür aus, den Tatbestand der »Gemeinschaftlichen Sachbeschädigung« (§ 304 StGB) um die Einführung eines

besonders schweren Falles zu erweitern. Hierunter sollen Fälle gehören, in denen die gemeinschaftliche Sachbeschädigung besonders wertvolle Kunstwerke betrifft und/oder aus Gründen der medialen Inszenierung oder Gewinnsucht erfolgt. Denn oft werden solche Aktionen durchgeführt, um Aufmerksamkeit zu erregen und so weitere (steuerbegünstigte) Spendengelder zu akquirieren. Das Strafmaß soll hierbei spürbar heraufgesetzt werden.

Man muß die Dinge beim Namen nennen: Es handelt sich um selbstsüchtige Aktionen zum Schaden der Allgemeinheit. Die angeblichen Klimaprotestierer verschwenden dabei auch Lebensmittel, was deutlich unterstreicht, daß hier keine hehren Motive im Spiel sind. Wir müssen dieser Unkultur der Bilderstürmerei auch mit einer Verschärfung des Strafrechts begegnen.

PÉTER VIDA

## Regionalbahn 24 wird Thema im Landtag



Foto: JÜRGEN GRAMZOW

**Eberswalde (bbp).** Aufgrund der geplanten Betriebseinschränkung des RB24 und wegen der Folgen für Pendlerinnen und Pendler von und nach Eberswalde, aber auch für den touristischen Reiseverkehr in die Region am Finowkanal, hat sich Bürgermeister Götz Herrmann mit einem Offenen Brief an die Deutsche Bahn gewandt. (Seite 3)

Und auch im Landtag Brandenburg wird das Thema auf die Tagesordnung kommen. Der Landtagsabgeordneter Péter Vida (BVB/Freie Wähler) hat angekündigt, zur nächsten Plenarsitzung eine entsprechende mündliche Anfrage zu stellen, die in laufender Sitzung durch Verkehrsminister Guido Beermann zu beantworten ist.

Vida erinnert daran, daß der RB24 mit dem Fahrplanwechsel durch Anbindung des Flughafens BER eigentlich noch attraktiver werden sollte. Doch dann kam die Hiobsbotschaft, wonach die Linie in weiten Teilen für ein weiteres Jahr ausgesetzt werden könnte. Damit werde der infrastrukturellen Anbindung des Barnim ein weiterer Schlag verpaßt.

»Es ist in keiner Weise nachvollziehbar«, so Vida, »warum die Landesregierung diese Kumulation an Verschlechterungen zuläßt: Erst die geplante Streichung des RB63, dann die ständigen Zug- und S-Bahnausfälle von Bernau nach Berlin und nun die zu erwartenden Betriebsaussetzer beim RB24. So kann man mit dieser wachsenden Region nicht umgehen. Es muß sichergestellt sein, daß die infrastrukturellen Bedürfnisse der vielen Pendler angemessen berücksichtigt werden. Hinzu kommt, daß der Pendlerverkehr des RB63 ab Eberswalde auf den RB24 abgestimmt ist, so daß die Einschränkung beim RB24 auch eine zusätzliche negative Verbundwirkung entfaltet.«

Eine solche tiefgehende Verschlechterung der Anbindung an Berlin könne zumindest über einen so langen Zeitraum nicht hingenommen werden. Vida erwartet von der Landesregierung Antworten, wie »die Ziele einer echten Verkehrs- und Energiewende unter solchen Umständen zu erreichen« sind und welche Maßnahmen geprüft werden, um mildere Alternativen zu erreichen.

## Unauffällig nach China Pogrom-Gedenken in Eberswalde

Bundeskanzler OLAF SCHOLZ hat sich in den ersten Novembertagen bewegt und ist unmittelbar nach dem G7-Treffen in der BRD für einen Tag nach Peking gereist. Was genau er dort alles besprochen hat, ist bislang nicht überliefert. Zumindest gefällt aber, daß es dabei keinen Skandal gab, keine zur Schau getragene Stänkerei, an der sich die Weltpresse ergötzen darf.

Der Kanzler der Unauffälligkeit bleibt sich also treu. Das deutsch-chinesische Treffen zeigt die Begegnung als Lichtblick in der blockweise gepflegten Reizdebatte um die Wahrheiten dieser Welt. Und es zeigt im Stil eine adäquate Form der asiatischen Kontinuität. Dort will man die günstigsten äußeren Bedingungen für die reale ökonomische Prosperität, für das soziale Leistungsvermögen und das bekannte globale Standing erhalten.

XI JINPING will die Seidenstraßen-Initiative »One Belt, One Road« nicht aus Expansionsdrang, sondern weil sein Land die Mittel und das Potential dafür hat. An dieser Konsolidierung wird nicht zu rütteln sein, weil bereits viele Staaten davon profitieren, besonders in Europa. Wundert einen darüber die dritte Amtszeit von Xi Jinping? So gesehen wohl kaum.

Und was hat der Westen zu bieten? Die deutsche Industrie ist mit dem chinesischen Wirtschaftsraum so sehr verflochten wie noch nie. Das muß reichen. Es hat wenig Sinn, der Volksrepublik mit einer ideologisch unterfütterten Symbolpolitik begegnen zu wollen, was Parteien der begrenzten Möglichkeiten wie es die Grünen und die FDP in einem Land der begrenzten Möglichkeiten wie Deutschland versuchen.

THOMAS TOBLER

»Der Frieden in der Welt ist bedroht durch eine neue globale Strategie der USA. Als Reaktion auf den gesunkenen Einfluß des amerikanischen Imperialismus, auf die Erfolge der Emanzipationsbewegungen in den unterentwickelten Ländern, auf die gewachsene auch militärische Stärke der UdSSR und der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) und nicht zuletzt wegen der verschärften Konkurrenz zu Westeuropa und Japan auf dem Weltmarkt haben die USA mit dem Versuch begonnen, militärische Überlegenheit gegenüber der UdSSR errüsten zu wollen mit dem Ziel, einen Atomkrieg regional begrenzt und siegreich führen zu können.«

OLAF SCHOLZ, Politik des Friedens: Entspannung und Abrüstung im Programm, in: Detlev Albers/Kurt Neumann (Hrsg.), Über Irsee hinaus! Zur Kritik am Programmwurf der SPD, spw-Verlag, Berlin, 1987, S.32 f.

**Eberswalde (prest-ew/bbp).** Zum Gedenken an die Opfer der Pogromnacht vom 9. November 1938 sowie des Holocaust hatten die Stadt Eberswalde und der Ökumenische Arbeitskreis zur traditionellen Gedenkveranstaltung am Gedenkort »Wachsen mit Erinnerung« in der Goethestraße aufgerufen.

Bereits im Laufe des Tages konnten 9.-Klasse-Schülerinnen und -Schüler im BÜRGERBILDUNGSZENTRUM AMADEU ANTONIO in der Puschkinstraße eine bewegende Theateraufführung zu »Anne Frank« erleben.

Am Nachmittag war im Ausstellungs- und Lernort in Halle 1 in der »Erinnerungslandschaft Messingwerk« (Altenhofer Straße 53 im Ortsteil Finow) die Ausstellung zum Thema jüdischer (Re-)Migration aus und nach Brandenburg widmet. »Wir blicken auf ein Jahrhundert jüdischer Flucht, Migration und Remigration zurück«, informierte MADALINA GHEORGHIU. »Ziemlich genau vor 100 Jahren organisierte die Hachschara<sup>1</sup> Messingwerk die Aliya<sup>2</sup> ihrer ersten jungen Jüdinnen und Juden, sie stammten aus der Ukraine.«

Vor dem abendlichen Gedenken hatte die Initiative »Spuren jüdischen Lebens in Eberswalde« dazu eingeladen, den Spuren der Stolpersteine in Eberswalde zu folgen. Die Führung zur Familie Liefmann mit CLAUDIA SCHLÜTER startete am Markt, während ELLEN GRÜNWARD in der Eisenbahnstraße 86 an die Familie Stein-

hardt erinnerte. Mit kurzen Biographien wurde denjenigen gedacht, für die inzwischen 50 Stolpersteine in Eberswalde verlegt worden sind.

Am Abend sprachen dann am Standort der einstigen Synagoge Bürgermeister GÖTZ HERRMANN und Pastor FRANK BURBERG Worte des Gedenkens. Anschließend stellten CLAUDIA SCHLÜTER und MILAN TOUCHE das Schicksal der jüdischen Familie Bloch vor.

Nach dem gemeinsamen Singen des Kanons »Dona nobis pacem« unter Leitung von Pfarrer i.R. HANNS-PETER GIERING legten die Anwesenden Blumen nieder und zündeten Kerzen an. Musikalisch begleitet wurde der Abend »Klezmer Trio« aus Dresden, das im Anschluß an die Veranstaltung ab 19 Uhr in der Bethelkapelle ein Konzert spielte.

Am 10. November folgte in der Stadtbibliothek ein Vortrag von MIRJAM SILBER über Schabbat (eingedeutscht auch Sabbat), dem siebten Wochentag, an dem nach der jüdischen Religion keine Arbeit verrichtet werden soll. Am darauffolgenden Sonntag, dem 13. November, gab es dann mit der Initiative »Spuren jüdischen Lebens in Eberswalde« eine Führung über die jüdischen Friedhöfe in Eberswalde.

1 Hachschara: Vorbereitung jüdischer Menschen auf ein Leben in Palästina;

2 Aliya: Besiedlung Palästinas vor allem in den 1920er und 1930er Jahren. Ideologische Grundlage für dieses Programm war der Zionismus.

## Sprüche im Schaufenster

**Bernau (best).** Im Rahmen der Lese- und Veranstaltungstage wurden bereits zum dritten Mal Schaufenster in der Bernauer Innenstadt mit Zitaten und Sprüchen kalligrafisch in Szene gesetzt. Hierfür konnte erneut die Illustratorin, Kreativbuch-Autorin und Designerin Christin Stapff gewonnen werden.

Die Lese- und Veranstaltungstage bieten unter dem Motto »Lebenskunst – Die Kunst zu leben« bis zum 19. November verschiedene Möglichkeiten, in schwierigen Zeiten mittels Kunst und Literatur zumindest zeitweilig in andere Welten abzutauchen. Die Stadt lädt in den folgenden zwei Wochen alle Interessierten zu insgesamt 14 Veranstaltungen an verschiedenen Orten in der Innenstadt ein.

»Wir freuen uns, daß sich auch in diesem Jahr wieder viele Gewerbetreibende gefunden haben, die sich an der Schaufensteraktion beteiligen. Wer aufmerksam durch die Bernauer Innenstadt läuft, wird 15 Zitate und Sprüche zum Motto »Lebenskunst – Die Kunst zu leben« finden können.«, so



Christin Stapff verziert ein Schaufenster in der Berliner Straße

Nils Lönnies, Citymanager der BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Stadt Bernau.

Weitere Informationen zu der Veranstaltungsreihe sind unter [WWW.WINTERZAUBERBERNAU.DE](http://WWW.WINTERZAUBERBERNAU.DE) zu finden.

## Offener Brief des Eberswalder Bürgermeisters Götz Herrmann: **Unhaltbare Zustände bei der Bahn**

*RB24 zwischen Eberswalde und Berlin-Lichtenberg weiter mit Umwegen*

Schon seit einiger Zeit gibt es leider unhaltbare Zustände für die ca. 8.000 Aus- und 9.000 Einpendler zwischen Eberswalde und Berlin. Nach den nicht enden wollenden, jahrelangen Bauarbeiten am Karower Kreuz lief der Zugverkehr nur kurzzeitig einigermaßen, bis im Sommer 2022 eine Unterbrechung wegen Bauarbeiten bis zum 16.07.2022 angekündigt wurde. Doch auch nach dem 16.07.2022 fuhr die RB24 nicht etwa wieder zwischen Eberswalde und Berlin-Lichtenberg, sondern es wurde mit der lapidaren Begründung »Bauarbeiten im Raum Berlin« eine Sperrung des Streckenabschnittes zwischen Bernau und Berlin-Lichtenberg bis zum 10.12.2022 angekündigt, also für fünf Monate. Der eingerichtete Schienenersatzverkehr, der ohnehin zu erheblichen Fahrzeitverlängerungen führte, funktionierte in der Praxis leider nicht verlässlich. Durch viele persönliche Gespräche weiß ich, daß Pendlerinnen und Pendler für die kurze Strecke zwischen Eberswalde Hauptbahnhof und Fahrtzielen in Berlin teilweise stundenlang benötigten, wenn sie von den nur unzuverlässig verkehrenden, teilweise dann auch im Stau stehenden Ersatzverkehr-Bussen, die zudem häufig nicht einmal alle Fahrgäste mitnehmen konnten, überhaupt an ihren Zielbahnhof in Berlin gebracht wurden. Insbesondere für Berufspendlerinnen und -pendler (einschließlich Auszubildende), die auf den Öffentlichen Personennahverkehr und ein pünktliches Erscheinen im Dienst angewiesen sind, sind dies unhaltbare Zustände, die noch verschlimmert wurden, als jetzt im Oktober 2022 dann auch noch der RE3 nach Berlin-Hauptbahnhof komplett eingestellt wurde. **So kann die Verkehrswende nicht funktionieren!**

Hoffnung kam auf, als in der gemeinsamen Pressemitteilung der Staatskanzlei des Landes Brandenburg und des Landkreises Barnim vom 18.10.2022 folgendes zu lesen war:

»Die Landesregierung wird den wirtschaftlichen Aufschwung und die Entwicklungspotentiale auf der Achse Berlin – Eberswalde – Angermünde – Stettin (Szczecin) im Landkreis Barnim auch künftig durch gute Rahmenbedingungen unterstützen und weiter ausbauen. Dies bekräftigte Ministerpräsident Dietmar Woidke heute nach der gemeinsamen Sitzung des Kabinetts mit der Spitze des Landkreises [...] am neuen und am 4. Oktober in Betrieb gegangenen Schiffshebewerk in Niederfinow. [...]

Um die Region im Nordosten attraktiver für Pendler zu machen, wird die Infrastrukturentwicklung im Schienenbereich weiter vorangetrieben. Bereits mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2022 wird der RB24 eine neue Linienführung von Eberswalde über Berlin Ostkreuz zum BER bekommen. Zudem wird die Kapazität der Linie durch fünfteilige Doppelstockzüge auf 480 Sitzplätze erhöht. [...]

Doch schnell machte sich Enttäuschung breit, als ein Pendler auf konkrete Nachfrage nur einen Tag später (!), am 19.10.22, folgende Antwort von Ihrem Unternehmen erhielt:

»Die Einschränkung der RB24 begründet sich in Baumaßnahmen an diversen Brücken zwischen Berlin-Karow und Röntgental. In diesem Abschnitt steht nach aktuellem Planungsstand im Zeitraum vom 17.07.2022 bis zum 09.12.2023 nur ein Gleis zur Verfügung.

Aufgrund der durch die Bauarbeiten reduzierten Streckenkapazität können nicht alle Züge auf diesem Abschnitt verkehren. Manche Verkehre (bspw. Güterverkehr) können umgeleitet werden und andere Verkehre müssen im Schienenersatzverkehr fahren.

Im Zuge der Abstimmungen mit den betroffenen Eisenbahnverkehrsunternehmen wurde sich darauf verständigt, langlaufende Personenverkehre fahren zu lassen. Daher verkehren die Züge des Fernverkehrs und die RE3 'durch' die Baustelle.

RB 63 Joachimsthal—Templin:

## **Für den Ausflugsverkehr erhalten!**

Im Land Brandenburg soll der Regionalzugverkehr am 10. Dezember 2022 zwischen Joachimsthal und Templin Stadt eingestellt werden. Der Abschnitt war 2018 probeweise reaktiviert worden. Für eine Fortsetzung des Personenverkehrs hätten 300 Fahrgäste täglich erzielt werden sollen, was an Werktagen bisher leider nicht erreicht wurde.

Allerdings gab es auch keinen Ausbau der Bahnstrecke, so daß die Regionalbahnen nur langsam vorankommen, in Joachimsthal längere Standzeiten haben und somit insbesondere für den Berufsverkehr wenig attraktiv sind.

An Wochenenden zeigte sich, daß die Zahl an Fahrgästen annähernd erreicht werden konnte. Daher fordern wir, den Abschnitt Joa-

chimsthal—Templin zunächst saisonal für Züge im Ausflugsverkehr zu erhalten. Abbestellungen von Regionalzugverkehren sind angesichts der Herausforderungen des Klimawandels, der angestrebten Verkehrswende und einer vorausschauenden Strukturpolitik für den ländlichen Raum nicht mehr zeitgemäß.

Die Strecke ist nicht nur zu erhalten, sondern Schritt für Schritt auszubauen. Dann ließen sich gegebenenfalls auch wieder Regionalzüge an Werktagen anbieten. Ein vorerst saisonaler Zugverkehr zwischen Joachimsthal und Templin wäre ein realistischer Kompromiß im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

CHRISTFRIED TSCHPE, IGEB  
MICHAEL WEDEL, DBV Nordostdeutschland

Da sich die Baustelle zwischen Berlin-Karow und Röntgental befindet, hätte eine Umleitung der RB24 über Gesundbrunnen keine Veränderung bzw. Verbesserung der Situation herbeigeführt. Wir bitten die weiter anhaltenden Umstände zu entschuldigen und danken für Ihr Verständnis. [...]

Zum wiederholten Male erfahren die Eberswalderinnen und Eberswalder sowie die Eberswalder Stadtverwaltung nun also scheinungsweise in Salamitaktik eher zufällig – in diesem Fall nur dank eines hartnäckig nachfragenden Pendlers – daß die wichtige Zugverbindung RB24 der Kreisstadt des Landkreises Barnim in den östlichen Teil der Bundeshauptstadt offenbar nicht nur bis zum 10.12.2022, sondern vielmehr noch ein weiteres Jahr bis zum 09.12.2023 (!) unterbrochen werden soll – das ist nicht nur in der Sache absolut unverständlich und nicht hinnehmbar, sondern auch wegen der mangelhaften Kommunikation seitens der Deutschen Bahn völlig indiskutabel. Weder wurden wir von der Deutschen Bahn selbst direkt informiert, noch wurden die Bürgerinnen und Bürger in adäquater Art und Weise informiert. Über die Gründe und die Dauer der Bauarbeiten wurden und werden die Fahrgäste vielmehr leider völlig im Unklaren gelassen. Erst auf eine nochmalige Nachfrage unserer Pressestelle vom 26.10.2022 wurde seitens Ihres Unternehmens mit E-Mail vom 03.11.2022 bestätigt, daß die Züge des RB24 nicht nur bis zum 10.12.2022, sondern tatsächlich noch ein weiteres Jahr länger bis zum 09.12.2023 (!) baubedingt nur eingeschränkt verkehren.

Gleichzeitig wird in anderen Brandenburger Regionen der öffentliche Nahverkehr massiv ausgebaut und erweitert. Diese Diskrepanz und Ungleichbehandlung ist nicht nachzuvollziehen und äußerst ärgerlich. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Nordosten Brandenburgs hier – bewußt oder unbewußt – massiv benachteiligt wird.

Der Wegfall einer direkten Zugverbindung von den östlichen Berliner Bezirken nach Eberswalde kann für unsere Region auch massive wirtschaftliche Folgen haben: Nicht nur, daß dadurch z.B. unsere erfolgreichen touristischen Ziele, wie der Zoologische Garten Eberswalde oder der Familiengarten Eberswalde erhebliche Einnahmeeinbußen befürchten müssen – in Zeiten von Fachkräftemangel und hohen Spritkosten ist eine schlechtere Erreichbarkeit unserer Stadt über einen so langen Zeitraum vielmehr auch für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber besorgniserregend, die auf Pendlerinnen und Pendler angewiesen sind.

Ich fordere die Deutsche Bahn dazu auf, die Menschen im Nordosten Brandenburgs nicht als marginalisierte Fahrgäste zu vernachlässigen, sondern ihnen wieder zu ermöglichen, z.B. ihren Weg zur Kita, zur Schule, zum Ausbildungsplatz, zum Studienplatz, zum Arbeitsplatz, zu kulturellen oder touristischen Zielen oder auch zu Freunden und Familie mit dem Öffentlichen Personennahverkehr verlässlich zu bestreiten.

GÖTZ HERRMANN

## Erneuerbare Energien

Am 7. November beschäftigte sich der kreisliche Ausschuß für Bauen, Wohnen, Gewerbe und Wirtschaft mit einem gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und Linke/Bauern. Die beiden Fraktionen fordern darin das Erstellen von Erneuerbare-Energie-Konzepten für alle kreislichen Schulneubauten im Barnim. Ich bin froh, daß sich die Ausschußmitglieder so eindeutig positioniert haben und unserem Antrag ohne Gegenstimme gefolgt sind. Alle Schulneubauten sollen idealerweise mit Photovoltaikanlagen und einer Wärmeversorgung frei von fossilen Energieträgern ausgestattet sein. Wir müssen jetzt so bauen, daß es auch in zehn, zwanzig Jahren noch zeitgemäß ist. Der alte Gasanschluß hat für Neubauten ausgedient.

Der Antrag mit dem Titel »Energiekrise / Erneuerbare Energien« war im Kreistag am 21. September in den zuständigen Ausschuß verwiesen worden. Unter anderem sah Landrat Daniel Kurth keine Notwendigkeit für solch einen Beschluß, da der Landkreis bei allen seinen Baumaßnahmen den Bundesleitfaden für nachhaltiges Bauen anwendet.

Der Leitfaden für nachhaltiges Bauen und unser Antrag zum Erneuerbare-Energien-Konzept sind aber zwei Paar Schuhe. Im Leitfaden erfolgt eine Nachhaltigkeitsbewertung nach fünf Hauptkriterien: ökonomische Qualität, ökologische Qualität, Prozeßqualität, technische Qualität und soziokulturelle und funktionale Qualität. Für ein Erneuerbare-Energie-Konzept ist da noch viel Raum.

Die Ausschußmitglieder einigten sich darauf, daß der Beschluß – ohne den Punkt, die Ergebnisse des Konzeptes hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit zu bewerten und dem Ausschuß vorzustellen – dem nächsten Kreistag am 7. Dezember erneut zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Die Bedenken hinsichtlich einer Überschneidung mit dem Leitfaden für nachhaltiges Bauen sind ausgeräumt. Ich bin optimistisch für unsere Schulneubauten.

Der Kreistag war bereits 2019 einem Antrag der Bündnisgrünen Fraktion gefolgt, die für alle Neu- und Erweiterungsbauten von kreislichen Schulen den Einbau von vollwertigen Küchen für die Versorgung der Schülerinnen und Schüler forderte. Auf seiner letzten Sitzung am 21. September gab der Kreistag das Beschaffungsverfahren für den Bau von weiterführenden Schulen an den Standorten Eberswalde, Zepernick und Ahrensfelde sowie an zwei weiteren Standorten im berlinnahen Raum frei. Für diese Schulstandorte würde das Erneuerbare-Energie-Konzept dann greifen.

HEIKE WÄHNER

Laut einem Nachtrag zu der Mitteilung von Heike Wähler begrüßt die GRÜNE JUGEND BARNIM die Entscheidung des Ausschusses. Der Landkreis müsse mit Blick auf den Klimawandel ein Vorbild sein, sagt deren Vertreter Marcel Sydow. Die Umsetzung könne zeigen, daß Nachhaltigkeit an Schulen möglich sei, ergänzt Patrizia Wolf.

Beschluß der Gemeinde Schorfheide:

## Keine Zustimmung zur B167neu!

**Schorfheide (bbp). In der Eberswalder Nachbargemeinde Schorfheide hat die Gemeindevertretung kürzlich die einst erteilte Zustimmung zur sogenannten Ortsumgehung B167neu zurückgezogen. Nachfolgend dokumentieren wir die Begründung:**

Die B167n in der Nordvariante, wie sie sich derzeit im Planfeststellungsverfahren des Landesamtes für Bauen und Verkehr befindet, wird entgegen den jüngsten Stellungnahmen und noch aktuellen Forderungen der Gemeinde Schorfheide weiter an den Interessen und Belangen derselben vorbeigeplant. Ein geforderter Offenhalten der Autobahnabfahrt Anschlußstelle Finowfurt wird entgegen treffender Parallelbeispiele aus der BRD weiter abgelehnt. Laut Argumentation des Landesbetriebes Straßenwesen muß die Autobahnabfahrt Finowfurt alt geschlossen werden, um genug Verkehr für die B 167n zu generieren. Andernfalls ergäbe sich ein vollkommen neues und ungünstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis.

Ohnehin sind die ursprünglich veranschlagten Baukosten von einst 50 Mio € für den 1. Bauabschnitt (BA) bis Eberswalde längst veraltet. Bei den Preissteigerungen der letzten Jahre und den aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten, ist mindestens mit einer Verdoppelung der Baupreise zu rechnen.

Die neue Straße führt an Finowfurt mit seinen umfangreichen Gewerbestandorten vorbei. Einen direkten Anschluß des Ortes (Anschluß an die Kanalstraße Gewerbepark Finowfurt) sollte der Knotenpunkt 3 (KP 3) schaffen. Hierfür allein würde der Gemeindehaushalt, nur für die Kostenteilung zur Errichtung des KP 3 mit 700.000 € (Kostenschätzung Oktober 2018) belastet. Den weiteren Anschluß an die Kanalstraße müßte die Gemeinde Schorfheide selbst tragen. Notwendig wäre der Bau einer etwa 900 m langen Straße, die über Feucht- und Schutzgebiete führt, die den Haushalt mit mehreren Millionen Euro belasten wird.

Eine Neuauslegung der Planung, insbesondere mit Gutachten zum Lärmschutz, wie sie mehrfach gefordert wurden, ist bis heute nicht erfolgt. Die Ausführungen lassen dabei noch vollkommen außen vor, wie neue Betroffenheiten der Bürger geschaffen werden (bspw. Zerstörung der Naherholungsgebiete am Udersee Süd). Der Trassenverlauf bis zum Ende des 1.

BA in Eberswalde Nordend bedingt notwendig Knotenpunkte zum Anschluß der Ortschaften und Siedlungen, die dabei keinesfalls kreuzungsfrei stattfinden wie zum Beispiel bei der OU Wriezen. Es wird an jedem KP eine Lichtsignalanlage geben, die einen klassisch schnellen OU-Verkehr ausbremst.

Der Verkehr landet letztendlich vollumfänglich an der Breiten Straße in Eberswalde, was dann dort zum Verkehrsinfarkt führt. Ohnehin findet der meiste Verkehr zwischen den Orten als Quell- und Zielverkehr statt und nicht als Durchgangsverkehr, der an Finowfurt und Eberswalde vorbei möchte.

Die Fortführung in den 2. BA hinter Eberswalde durch Wald und Moor ist Stand heute noch nicht einmal im erforderlichen Planfeststellungsverfahren, sondern nur in der Entwurfsplanung. Der 3. BA, an Bad Freienwalde vorbei durch umfangreiche Waldgebiete, sieht sich schon jetzt weitreichenden Protesten der Anwohnerschaft ausgesetzt. Verglichen mit dem Planungstempo des 1. BA (fast 30 Jahre) ist hier wohl kaum von einer schnellen und dann noch sinnvollen Umsetzung auszugehen.

Ein weiterer Aspekt blickt über den sprichwörtlichen Tellerrand hinaus über die Gemeindegrenze: Jede Zulaufachse zur B 167n aus Süden führt über bereits heute marode Finowkanal-Brücken, für deren Sanierung Stand heute noch keine Planungen existieren.

Für das Argument, daß die B 167n den Lkw-Verkehr durch Lichterfelde reduziert, lassen sich keine Beweislagen erkennen. Sollte die B167n mit dem Mautsystem Toll Collect ausgestattet werden, ist sogar von einer Zunahme des Verkehrs über die L 238 durch Lichterfelde als kostenfreien Abkürzungsverkehr zur AS Werbellin auszugehen.

Die Prinzipien des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2030 verlangen: 1. äußerste Sparsamkeit, 2. Erhalt geht vor Aus- und Neubau, 3. Minimierung der Folgen des Klimawandels durch Verkehrsvermeidung. Keine dieser Prinzipien wird die B167n gerecht.

## Das Nikolaus-Shopping in Bernau

**Bernau (best).** Alle Kinder bis 10 Jahre sind in Bernau wieder zum Nikolaus-Shopping eingeladen. Ihre geputzten Stiefel können sie vom 15. bis zum 18. November in einem der »Nikolausbüros« abgeben. Diese finden sich im Atelier der Galerie Bernau und in der Stadtbibliothek Bernau. Am 6. Dezember von 14 bis 18 Uhr können die in den Geschäften »versteckten« Stiefel abgeholt werden.



Foto: NILS LÖNNIES

## »Ausloten, was möglich ist«

CHRISTIAN MEHNERT zur Verkehrsführung in der Heegermühler Straße

Im Oktober hat die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur, zu deren Wahlträgern u.a. die Bürgerinitiative (BI) »Radwege in Eberswalde« gehört, die Inhalte des noch immer beim Verwaltungsgericht liegenden Bürgerbegehrens zur Verkehrsführung in der Heegermühler Straße aufgegriffen und in der Stadtverordnetenversammlung zur Diskussion gestellt. Die Zielstellung, daß über das Thema wieder diskutiert wird, wurde erreicht. Neben brüsker Ablehnung gab es auch viele konstruktive Beiträge. Wie zu erfahren war, ist die Fraktion derzeit dabei, die Hinweise zu sammeln und zu sichten. Im nächsten Jahr soll es dann einen neuen Anlauf geben.

In der Oktober-Ausgabe hat die »Barnimer Bürgerpost« die Antworten des jetzigen Bürgermeisters auf die Fragen der BI anlässlich der Bürgermeisterwahl vom Frühjahr dokumentiert. Damals hatten auch weitere Bewerber für das Bürgermeisteramt auf die Fragen der BI geantwortet. Nachfolgend dokumentieren wir die Antworten von CHRISTIAN MEHNERT (CDU), dem Unterlegenen der Stichwahl vom 3. April. Die weiteren vorliegenden Antworten werden wir in den nächsten Ausgaben berücksichtigen.

*Ob eine einspurige Straße, die ausreichend breit ist, ausreichend Schutz für Verkehrsteilnehmer bietet, müssen wir Statistiken entnehmen oder durch Zählung ermitteln. Vom Grunde her glaube ich, daß die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer jedenfalls nicht mehr gefährdet ist, als vor der Änderung der Fahrspuren, wo Fahrradfahrer direkt auf der PKW-Spur fahren. Wenn dieselbe Anzahl PKWs die Straße benutzt, dürfte sich hieraus keine Verringerung des Schadstoffausstoßes ergeben. Eine »Grüne Welle« und weniger Verkehr oder mit alternativen Antrieben würde wohl eher dazu beitragen.*

*Dem Grunde nach möchte ich Ihnen auf Ihr Schreiben jedoch folgendes mitteilen: Ich habe bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß ich die unterschiedlichen Verkehrsträger Fußgänger, Radfahrer, PKW und den ÖPNV gleichermaßen betrachten will. Wir brauchen gute Fußwege, die für jedermann nutzbar sind. Am besten brauchen wir innerhalb der Stadt kurze Wege, so daß möglichst viele Dinge zu Fuß erledigt werden können. Daneben brauchen wir einen weiteren Ausbau des Radwegenetzes. Beim PKW-Bereich möchte ich alterna-*

*tiven Antrieben beste Möglichkeiten bieten. Der ÖPNV muß in der jetzigen Form gehalten und an den Stellen, wo das nötig und finanzierbar ist, ausgebaut werden. Eine attraktive Stadt der Zukunft lebt von dieser Vielfältigkeit.*

*In Bezug auf das Bürgerbegehren stelle ich fest, daß gemäß § 15 Brandenburgische Kommunalverfassung festgelegt ist, daß (Zitat) »Über eine Gemeindeangelegenheit, die in der Entscheidungszuständigkeit der Gemeindevertretung oder des Hauptausschusses liegt, kann die Bürgerschaft der Gemeinde einen Bürgerentscheid beim Gemeindevorstand beantragen. [...]«*

*Daraus abgeleitet, stelle ich zunächst einmal in Frage, ob das Bürgerbegehren zulässig ist. Ich habe da meine Zweifel. Hierzu gab es seinerzeit ja auch eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht. Nach meinem Kenntnisstand läuft ein Verfahren in der Sache.*

*Sollte das Bürgerbegehren unzulässig sein, gehe ich davon aus, daß Sie den Bürger:innen, wie auf Ihrer Internetseite aufgeführt, Rechenschaft ablegen. Wenn das Bürgerbegehren Erfolg hat, muß neu entschieden werden. Auch von einem Bürgermeister Mehnert.*

*Das alles ist jedoch juristische Haarspalterei und bringt keine Seite weiter. Ich schlage vor, daß die Seiten – gern zusammen mit einem vielleicht gewählten Bürgermeister Mehnert – ausloten, was möglich ist. Es gibt Argumente für die eine, wie für die andere Seite. Ich persönlich kann als Autofahrer mit der jetzigen Situation sehr gut leben. Meine persönliche Meinung ist jedoch in der Sache nur bedingt relevant.*

*Wenn keiner der Seiten etwas von seinen Forderungen abläßt, muß gerichtlich entschieden werden. Das ist rechtsstaatlicher Prozeß. Sie beharren – so ihre Internetseite – darauf, »daß wir nicht eher ruhen werden, bis der verkehrsplanerische Murks korrigiert ist«, die Verwaltung auf ihrer Rechtsauffassung. Und unbedeutend ist der Landesbetrieb Straßenwesen.*

*Wenn es ernsthafte Gesprächsangebote mit dem Willen gibt, sich einander zu nähern, bin ich dabei und lade Sie ein. Das kann ich in Ihrer Fragestellung leider nicht erkennen.*

*Ich reiche Ihnen gern für Gespräche die Hand. Seien Sie mutig.*

### Radfahrer in der Teuberstraße

**Eberswalde (bbp).** GÖTZ TRIELOFF (FDP) hatte in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung nachgefragt, warum die Teuberstraße in Westend, die eine Einbahnstraße ist, von Radfahrern nur einseitig befahren werden darf. Baudezernentin ANNE FELLNER informierte, daß die Fahrbahnbreite den Radverkehr in Gegenrichtung der Einbahnstraße grundsätzlich erlauben würde. »Jedoch gibt es Probleme mit der Sicherheit der Radfahrer am Knotenpunkt Teuberstraße/Heegermühler Straße. Der linksabbiegende Radfahrer in Richtung Westen bzw. Norden kann ohne Umbau nicht sicher geführt werden.« Erst ein Umbau der Kreuzung werde es ermöglichen, »den Radfahrer sicher in alle Richtungen zu führen«. Dies werde derzeit durch den Landesbetrieb Straßenwesen geplant. Die Realisierung sei für 2023/24 vorgesehen. »Bis zur Umgestaltung des Kreuzungsbereiches muß die Situation so erhalten bleiben«, so Anne Fellner.

### Freibrief für Schulneubau

**Eberswalde (bbp).** Im Kreistag am 21. September ging es um viel Geld. Der Landrat wollte die Beschaffung der Planungs- und Bauleistungen für die fünf neuen Schulkomplexe, die im Landkreis errichtet werden sollen, von den Abgeordneten in einem Zuge freigeben lassen, was einem geschätzten Finanzvolumen von 342,5 Millionen Euro entspricht. Zur Beschleunigung der Verfahren, sollten zudem für die Schulstandorte in Eberswalde und Panketal jeweils ein Totalunternehmer gesucht werden, der gleichzeitig für die Planung und die Bauausführung verantwortlich ist.

»Dieser Blankoscheck ist uns zu groß«, erklärte dazu Heike Wähler, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag. »Wir begrüßen die Investitionsoffensive im Bildungsbereich und möchten, daß es mit den dringend benötigten Schulneubauten zügig vorangeht. Die angestrebte Vorgehensweise halten wir jedoch für falsch. Wir befürchten, daß die Übersichtlichkeit verloren geht, Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten schwinden und das finanzielle Risiko steigt. Daher schlagen wir Änderungen beim Vergabeverfahren vor.«

Der Änderungsantrag sah insbesondere vor, das Beschaffungsverfahren für jeden einzelnen Schulstandort separat freizugeben, je nach Stand des Projektes und Bedarf, sowie auf die Totalunternehmerverträge zu verzichten. Stattdessen sollten für die Planungsleistungen Architektur- und Ingenieurbüros gebunden werden, die unabhängig von den Baufirmen arbeiten. Aufgrund des großen Umfangs der Bauvorhaben sollte zudem zusätzlich jeweils ein externes Baucontrolling verpflichtet werden.

»Derzeit kann niemand die zukünftige Entwicklung der Baukosten wirklich abschätzen« begründete Heike Wehner die Änderungswünsche. »Wir wollen das finanzielle Risiko begrenzen und Möglichkeiten der Nachjustierung offenhalten. Möglichst vielen regionalen Firmen wollen wir den Zugang zu den Bau- und Planungsaufträgen ermöglichen.«

Der Kreistag lehnte den Änderungsantrag mehrheitlich ab. Der Landrat besitzt nun die Ermächtigung, sowohl Totalunternehmer zu beauftragen als auch alle anderen Planungs- und Bauleistungen jeweils bis einschließlich der Zuschlagserteilung durchzuführen. Immerhin soll der Landrat über den Fortgang regelmäßig in den Kreistagsausschüssen berichten.

In Eberswalde soll an der Eberswalder Straße 107 ein Schulkomplex gebaut werden, bestehend aus der »Oberschule Eberswalde«, dem Beruflichen Gymnasium des OSZ II Barnim sowie der Regionalstelle Eberswalde der Kreisvolkshochschule Barnim mit einer Dreifeldsporthalle, Außensportanlagen sowie sonstigen Freianlagen. Die Abrißarbeiten sind inzwischen fast abgeschlossen und die aufgestellten Bauschilder weisen bereits auf den Neubau hin. Allerdings fehlt noch der nötige Bebauungsplan für den Schulbau unter der Hochspannungsleitung. Alternative Standortvorschläge liegen inzwischen vor. (Seite 7)

Der städtische Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt kam als erster Ausschuß nach der Sommerpause am 13. September zusammen. Das Stadtentwicklungsamt behielt sich daher vor, gegebenenfalls weitere Hinweise und Anregungen nachzureichen.

Die im Entwurf des Nahverkehrsplans des Landkreises enthaltene »Zielstellung hinsichtlich einer nachfrageorientierten Streckenreaktivierung, einer bedarfsgerechten Taktverdichtung sowie dem Ausbau des SPNV\*-Angebotes in der Region«, werde durch die Stadt Eberswalde begrüßt. Es wird festgestellt, daß für die weiteren Entwicklungen (aus Sicht der Stadt- und Verkehrsentwicklung) insbesondere die im Nahverkehrsplan verankerte Soll-Konzeption ÖPNV\* aus-schlaggebend sei.

Die angestrebte Taktverdichtung des RE3 von 60 Minuten auf 30 Minuten wird ausdrücklich unterstützt, aber nicht in Form des vom Landkreis aufgegriffenen Zielkonzepts des VBB, mit dem sich nur durch die Kombination des Fern- und Nahverkehrs ein 30-Minuten-Takt ergibt. Der Fernverkehr indes kann weder vom Land noch vom Landkreis beeinflusst werden. Zielführender sei hier ein 30-Minuten-Takt, »welcher sich als Kombination der beiden RE-Linien (RE3 und RE9) ergibt«. Die entsprechende Verdichtung der RE-Linie sei für die zukünftige Entwicklung des Nordbarnims entscheidend »und sollte daher auch als Zielabsicht im Nahverkehrsplan des Landkreises Barnim verankert werden«. Nur so könne weiterhin Druck gegenüber dem VBB aufrechterhalten werden mit dem Ziel eines 30-Minuten-Taktes des RE von der Metropole über Angermünde nach Szczecin. Die steigenden Einwohner- sowie Pendlerzahlen (mit einem täglichen Überschuß an Einpendlern von ca. 2.000 Fahrgästen) belegen die Notwendigkeit der längst überfälligen Realisierung des 30-Minuten-Taktes. Die Stadtverwaltung fordert zudem, die Planungen zum Haltepunkt in Nordend ebenfalls in den Nahverkehrsplan des Landkreises aufzunehmen.

Die Veränderungen gemäß »Zielnetz Stadtverkehr Eberswalde« werden von der Stadtverwaltung »nur teilweise begrüßt«. Die beabsichtigte Auflösung des Ringverkehrs der Obus-Linien 861 und 862 hätte verschiedene Vorteile wie kürzere Fahrzeiten sowie bessere Erschließungs- und Umsteigemöglichkeiten am Hauptbahnhof Eberswalde. Die Weiterführung der Strecken zur Messingwerksiedlung und Biesenthaler Straße würde bestehende Erschließungsdefizite beseitigen sowie neu geplante Wohngebiete (Messingwerk-Ost, Christel-Brauns-Weg, Biesenthaler Str. 41) umweltverträglich erschließen, wobei hierfür noch bauliche Voraussetzungen zu schaffen sind (wie z.B. Wendemöglichkeiten für die Obusse). Die Stellungnahme verweist auch auf den erheblichen Widerstand der Anwohner entlang der Fritz-Weineck-Straße gegen die Obus-Linienführung durch das Wohngebiet. Hier sei »eine verstärkte Öffentlichkeits- und Argumentationsarbeit notwendig«.

## Gemachte Erschließungsdefizite

Stellungnahme der Stadt Eberswalde zum Barnimer Nahverkehrsplan

**Eberswalde (bbp).** Mitten in den Sommerferien hatte der Landkreis Barnim die Städte, Ämter und Gemeinden am 10. August per eMail aufgefordert, bis zum 17. August ihre Stellungnahmen zum Entwurf des Nahverkehrsplans 2023 bis 2026 beim kreislichen Katasteramt abzugeben. Bereits am 11. August hatte die Stadtverwaltung mitgeteilt, daß aufgrund der Ferien- und Urlaubszeit eine fristgerechte Einreichung der Stellungnahme der Stadt Eberswalde nicht möglich sei. Mit Schreiben vom 1. September wurde die vom Stadtentwicklungsamt verfaßte Stellungnahme schließlich nachgeholt mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß diese Stellungnahme aufgrund des Zeitrahmens noch nicht in den zuständigen politischen Gremien der Stadt vorgestellt und diskutiert werden konnte.

Varianten zur besseren Erschließung des Stadtteils Ostende über die Saarstraße bis zur Deponie seien bereits geprüft worden und sollten in den Nahverkehrsplan integriert werden. Der hierfür notwendige Straßenausbau der Saarstraße ist bereits im städtischen Haushalt eingeplant. Wegen neuer Wohngebiete in Ostende (»Abrundung« und ggf. »Sommerhöhen«) sollte auch die Erschließung über die Ostender Höhen geprüft werden.

Mit dem beabsichtigten Soll-Zielnetz würde das derzeit durch die Linie 914 erschlossene Leibnizviertel »wieder in den Status als Wohngebiet mit Erschließungsdefizit zurückfallen«. Dies sei nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Oberstufenzentrum und dem neuen Ärztehaus des Landkreises nicht nachvollziehbar. Im Rahmen des Ausbaus der Breiten Straße nördlich des Finowkanals sei bereits darauf hingewiesen worden, daß der Knotenpunkt mit der Georgstraße künftig so geplant und ausgebaut werden solle, daß aus allen Richtungen Obusse verkehren können. Das Stadtentwicklungsamt fordert, den Nahverkehrsplan dahingehend zu überarbeiten, daß die Erschließung des Leibnizviertels mit dem ÖPNV sichergestellt wird. Möglich sei hier eine Erschließung durch eine geänderte Linieneinführung der 864, was zu prüfen wäre.

Die vorgesehene Taktverdichtung der Linie 865 von 60 auf 40-20 Minuten wird begrüßt, insbesondere mit Blick auf das geplante Wohngebiet »Schwärzblick« in der Rudolf-Breitscheid-Straße. Geprüft werden soll, ob hier ebenfalls eine Obus-Linie möglich ist.

Zu berücksichtigen ist ferner die Anbindung zum geplanten Bahn-Haltepunkt in Nordend. Schließlich sollte auch die bereits im vorherigen Nahverkehrsplan vorgesehene Umstellung der Linie 910 als Obus nunmehr kurzfristig umgesetzt werden.

Ein wesentliches Ziel des Nahverkehrsplanes sollte nach Auffassung der Eberswalder Stadtentwickler sein, »sukzessive alle mit fossilen Brennstoffen betriebenen 'Stadtbuslinien' in Obus-Linien umzuwandeln«. Die dabei angestrebte Vereinheitlichung des Taktes (15 Minuten in der Woche, 30 Minuten am Wochenende) der drei oder vielleicht auch 4 Obus-Linien sowie der Anschluß zur Bahn werde seitens der Stadt begrüßt.

Abschließend wird darauf verwiesen, daß keine Ausweitung des Grundangebots erfolgt und demzufolge – von notwendigen Baumaßnahmen abgesehen – kein finanzieller Beitrag seitens der Stadt Eberswalde zu erwarten ist.

\* SPNV – schienengebundener Personen-Nahverkehr; ÖPNV – öffentlicher Personen-Nahverkehr

## Politische Wanderung mit der SPD

**Oderberg/Niederfinow (bbp).** Für die meisten ist das Wandern Spaß, Sport und Erholung. Für den Bundestagsabgeordneten Stefan Zierke (SPD) gehört es zum Job. »Zur Würdigung des erreichten dritten Platzes des Rundwanderweges Schorfheide bei der Wahl zu Deutschlands bestem mehrtägigen Wanderweg«, ließ Zierke mitteilen, wanderte er am Freitag, dem 28. Oktober, »ein Teilstück des Wegs zwischen Oderberg und Niederfinow gemeinsam mit Akteuren aus der Region«. Zu den Mitwandernden gehörten SPD-Mitglieder, unter anderem der Vorsitzende der SPD Barnim, Kurt Fischer, sowie die Ortsvereinsvorsitzenden Patrick von Krienke und David Kenzler. Auch das Mitarbeiter-Team der WITO Barnim mit dem Geschäftsführer Bernd Skudelný, Mitarbeiterinnen aus dem Binnenschiffahrts-Museum Oderberg und Martina Hähnel, die Bürgermeisterin der Stadt Oderberg, wanderten mit.

Gemeinsam mit dem Kreiswegewart des Landkreises Barnim wurde die 15 km lange Etappe des Rundweges in knapp 4 Stunden erwandert. Neben der schönen Natur war das vor kurzem eröffnete neue Schiffshebewerk in Niederfinow eines der Highlights der Strecke. Auch für eine kleine und sehr leckere Stärkung auf halber Strecke wurde dankenswerterweise von Seiten des Hotels »Riverside Inn« aus Oderberg kostenfrei gesorgt.

»Ich freue mich sehr, daß so viele meiner Einladung zum gemeinsamen politischen Wandern gefolgt sind«, sagte Stefan Zierke. »Es ist wichtig auch Formate zum Austausch außerhalb des Üblichen zu finden und vor allem zu nutzen. Als begeisterter Wanderer hat mich dieser politische Austausch zu Fuß sehr überzeugt. Gerne werde ich dieses Format im kommenden Jahr auch in anderen Teilen meines Wahlkreises anbieten und herzlich dazu einladen.«

## Lange Dauer aufgrund von Fehlplanung

In der lokalen Tageszeitung erschien Ende Oktober unter der Überschrift »Ein einmaliger Ausrutscher« ein Interview mit STEFAN KAPFERER, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung des Netzbetreibers 50Hertz, der für den Bau der 380-kV-Hochspannungsleitung durch Eberswalde verantwortlich ist. Zuvor war Kapferer als Staatssekretär in unterschiedlichen Ressorts auf Landes- und Bundesebene tätig, unter anderem ab 2011 im Bundeswirtschaftsministerium, stellvertretender Generalsekretär der OECD in Paris sowie Leiter des Bundesverbandes der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft.

Stefan Kapferer beklagt, daß in den 17 Jahren des Planungs- und Genehmigungsprozesses der 380kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen »weniger als zwei Jahre gebaut« wurde: »15 Jahre verstrichen mit politischen Diskussionen, Genehmigungsverfahren, Rechtsstreitigkeiten«. Mit dem Vergleich, daß die Telekommunikationsindustrie in den vergangenen 15 Jahren 14 Modelle des iPhone entwickelt und hergestellt hat, suggeriert er, die Obsoleszenz und Verzichtbarkeit von »politischen Diskussionen, Genehmigungsverfahren und Rechtsstreitigkeiten«. **Dem ist entschieden zu widersprechen.**

Eine politische Diskussion über die Ausgestaltung des Übertragungsnetzes und rechtssichere Genehmigungsverfahren sind im demokratischen Rechtsstaat unverzichtbar, wie auch die Möglichkeit, Genehmigungsverfahren einer gerichtlichen Prüfung zu unterziehen.

Als Sprecher der Bürgerinitiative: Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat, der den Konflikt um die 380kV-Freileitung seit langem verfolgt hat, kann ich nur daran erinnern, daß sowohl in den Beteiligungsverfahren als auch im ersten Rechtsstreit vor dem Bundesverwaltungsgericht 2014-2016 erhebliche Planungsmängel festgestellt wurden. Kapferer verschweigt, daß das Bundesverwaltungsgericht 2016 die Rechtswidrigkeit des Planfeststellungsbeschlusses festgestellt hat, weil die von 50Hertz eingereichte Umweltverträglichkeitsstudie unzureichend war.

Daß die Klage des NABU-Brandenburg, die von uns angeregt und unterstützt wurde, absolut berechtigt war, zeigte sich nicht nur in dem Urteil des BVerwG von 2016, sondern auch darin, daß im Planergänzungsbeschluß 2020 für zwei Europäische Vogelschutzgebiete eine erhebliche Beeinträchtigung durch die Errichtung der 380kV-Freileitung eingeräumt wurde und nur im Zuge einer Abweichungsprüfung (§34 BNatSchG) das Vorhaben genehmigt werden konnte. Die BI hat in der öffentlichen Diskussion, in Beteiligungsverfahren und in den Gesprächen mit 50 Hertz immer wieder die Belange des Vogelschutzes thematisiert und auf die Notwendigkeit einer Abweichungsprüfung hingewiesen. 50Hertz hat sich dieser Argumentation stets verschlossen.

Welches Ausmaß die Planungsdefizite hatten, kann man daran erkennen, daß die Nachbesserungen, die 50 Hertz vornehmen mußte, zwei Jahre in Anspruch genommen haben, bis der Antrag auf Planergänzung eingereicht werden konnte. Weshalb das Genehmigungsverfahren selbst wiederum zwei Jahre gedauert hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Lösungsvorschläge der BI für den Konflikt lagen



Foto: JUREN GRANOW

seit 2008 auf dem Tisch und wurden in der Folgezeit immer weiter präzisiert.

Diese Lösungsvorschläge wurden von den Netzbetreibern immer wieder torpediert. Das begann schon bei der Anhörung im Wirtschaftsausschuß des Bundestags im Vorfeld der Verabschiedung des Energieleitungsausbaugesetzes (2009), als der technische Direktor Neldner von Vattenfall (Voreigentümer des Übertragungsnetzes von 50 Hertz) gegen die Aufnahme der »Uckermarkleitung« als weiteres Pilotprojekt plädierte. Das Land Brandenburg hatte diesen Antrag auf unsere Initiative hin eingebracht.

Der Konflikt hätte also frühzeitig beigelegt werden können, wenn sich 50Hertz bereit erklärt hätte, einer teilweisen Erdverkabelung in sensiblen Gebieten zuzustimmen und gemeinsam mit der BI die entsprechenden Gesetzesinitiativen zur rechtssicheren Ermöglichung der Erdverkabelung getragen hätte.

Daß die Klage des NABU-Brandenburg, nach beachtlichen Erfolgen im Vorfeld der Hauptverhandlung, am 5. Juli 2022 vom neu zusammengesetzten 4. Senat des BVerwG durch ein skandalöses Fehlurteil abgewiesen wurde, ist ein anderes Kapitel und zeigt die Fragwürdigkeit der Ermächtigung eines Senats, als erste und letzte Instanz Recht zu sprechen.

Die lange Dauer des Konflikts um die 380-kV-Freileitung liegt nicht an komplizierten Beteiligungs- und Genehmigungsverfahren oder der Beklagbarkeit von Verwaltungsakten, sondern an den Defiziten der von 50 Hertz vorgelegten Planung und der intransigenten Haltung während des Konflikts. Daß das BVerwG am Ende diese Haltung honoriert hat, ist schmerzlich. Daß der Naturschutz auf der Strecke bleibt, ist ein falsches Signal, trotz des Erfordernisses einer Energiehende, dem wir uns nicht verschlossen haben.

Wenn Kapferer meint, die Fehlplanungen von 50Hertz im Fall der »Uckermarkleitung« seien ein »einmaliger Ausrutscher«, dann kann man mit ihm nur hoffen, daß dem so sei, erhebliche Zweifel aber bleiben.

HARTMUT LINDNER

## Schule unter der Hochspannungsleitung: Andere Standorte möglich

Die 380-kV-Höchstspannungsleitung durch Eberswalde (Uckermarkleitung) wird gebaut. Das Bundesverwaltungsgericht hat erst- und letztinstanzlich alle Einsprüche abgelehnt.

Der Landkreis will nun an der Eberswalder Straße eine neue Oberschule unter die Freileitung bauen. Wir hatten bereits bei der Aufstellung des entsprechenden Bebauungsplans auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht. Aktuelle Informationen, ob diese Einwände bei der Bearbeitung eine Rolle spielen, gibt es nicht, während optimistische Aussagen zum Bau des Schulkomplexes an diesem für die Schülerinnen und Schüler höchst ungünstigen Standort zahlreich zu hören sind.

Es gibt andere Standorte, beispielsweise im Bereich der Osterweiterung des Brandenburgischen Viertels, die für eine Oberschule geeigneter sind. Und das nicht nur, weil dort keine elektromagnetische Strahlenbelastung zu erwarten ist, sondern auch, weil dieser Standort im Wohngebiet liegt, mit dem Obus vor der Tür und einem vorhandenen Sportplatz ganz in der Nähe.

Der aktuell geplante Oberschulcampus liegt nicht nur an DER Hauptverkehrsstraße, sondern würde zugleich die Vorgaben des nach wie vor gültigen Eberswalder Landschaftsplans von 1998 ad absurdum führen. Demnach war gerade dieses Areal als einer der wichtigen Nord-Süd-Grünkorridore innerhalb der Bandstadt Eberswalde vorgesehen.

Solche Grünkorridore sind außerordentlich wichtig zum Erhalt der Biodiversität. Erforderlich wären zudem Querungshilfen für Wildtiere über die Straßen und Kanäle in Eberswalde.

MIRKO WOLFFGRAMM

## Neue Bäume in der Stadt

**Eberswalde (prest-ew).** Insgesamt 55 Bäume wird der städtische Bauhof im Laufe der zweiten Novemberwoche auf Grundstücken der Stadt Eberswalde neu pflanzen.

Drei rotblühende Robinien sollen in der Dankelmannstraße die Lücken füllen. Als Bestandteil des Forschungsprojektes »Trees4Streets« (BBP 10/2022) wird die Max-Lull-Straße beidseitig mit jeweils 16 Winterlinden und Königslinden (Holländische Linde) bepflanzt. Dieses Projekt beinhaltet die Selektion, Prüfung und Anzucht klimaangepaßter Straßen- und Alleebäume. Die Entwicklung der Pflanzungen wird durch Langzeitbeobachtung an den unterschiedlichen Standorten der Stadt weiter begleitet. In den nächsten Jahren sollen weitere Baumpflanzungen im Rahmen des Forschungsprojektes umgesetzt werden.

Auch entlang der Angermünder Straße und auf dem ehemaligen Friedhof im Dr.-Zinn-Weg sollen zehn weitere Bäume in die Erde gebracht werden. Auch hier kommt die schnellwachsende Königs- oder auch Kaiserlinde zum Einsatz.

## »Nationale Interessen«

Vom Colt zum Wirtschaftskrieg – das sind Kernelemente einer transatlantischen Wertegemeinschaft, nur den USA muß es nutzen. So in etwa beschreibt der Außenpolitiker der Schmidt-Kanzlerschaft, Klaus von Dohnanyi, die vielbesungene Wertegemeinschaft mit den USA. Hatte Kanzler Gerhard Schröder noch den Schneid, die Beteiligung an Bush's irakischem Wüstenkrieg auf der Suche nach nicht-existierenden Atom- oder Chemiewaffen abzulehnen, so möchten die olivgrünen Enkelkinder der Friedenskämpfer Kelly & Bastian am liebsten persönlich in Rußland einmarschieren, um Banderas Erben zu helfen. Bei deren Bildungsstand (bürgerliche Philosophen, Biologen und Schmalspurpolitikerinnen) ist es nicht verwunderlich, daß sie nicht wissen, daß angefangen von Napoleon bis Hitler alle mit blutigen Nasen kehrtmachen mußten!

Zu den US-Aktivitäten sollte man beachten, daß schon Donald Trump die familiären Ukraineinteressen der Familie Biden kannte. Und was soll die Aussage des Bundespräsidenten, daß unsere Länder (Deutschland und Rußland) heute gegeneinander stehen? Das trifft nur für die sogenannten »Eliten« zu! Weil die deutsche Bundesregierung lieber nur US-amerikanische und Nato-Politik und bisher keinen eigenen Beitrag zum Frieden geleistet hat – nur 19 Panzerhaubitzen.

Deutschland soll führen! Das ist die Forderung der Regierung in Kiew und das soll heißen: Die BRD soll die Kastanien für andere aus dem Feuer holen. Deutsche Kampfpanzer in Richtung Osten; möglichst grenzüberschreitend. Auch Polen stimmt in diesen Chor ein, fordert aber gleichzeitig von Deutschland 1,3 Billionen € (1.300 Milliarden) als Reparationen. Das alles verbunden mit Großmachtallüren. Die Plakate »Frau Merkel in Nazi-Uniform« sollten nicht vergessen werden. All das ist nicht gerade geeignet, die Freundschaft zu beteuern und zu unterstreichen!

Es drängt sich die Frage auf, wieso Polen keine Forderungen gegen die Ukraine aufmacht für den Genozid, den die Bandera- und Melnyk-Horden 1941 ff. anrichteten, als sie mit Nazi-Unterstützung und als deren Kollaborateure Polen zu Tausenden ermordeten – deren Beteiligung an der Ermordung von Juden, wie in Babyj Jar (35.000), soll hier auch erinnert sein. Und warum fordert Polen nicht die Rückgabe der von Ukraine okkupierten Gebiete um Lwiw (Galizien: Lwow, Lemberg) und die Entschädigung der von dort vertriebenen Polen!? Wieviel Entschädigungen wurden an Polen und Israel für die Mordeinsätze gezahlt?

Nach den verdienten Niederlagen Deutschlands erhielt Polen als Kriegsbeute nach Versailles und Potsdam ca. 150.000 Quadratkilometer des Deutschen Reiches, vertrieb ca. 15 Millionen Menschen und zerstörte als besondere christliche Leistung nach 1945 die Friedhöfe der Deutschen.

BERND C. SCHUHMAN

## Sperrmülltag: Die moderne Tauschbörse

Zweimal im Jahr holt der dafür zuständige Abfallentsorger in den Mieter-Wohngebieten den Sperrmüll ab. Unser Leser HANS GRÜNTAL hat anlässlich einer Wohnungsaufklärung Anfang Oktober solch eine Sperrmüllentsorgung in Eberswalde beobachtet.

Heute habe ich zwei Einsichten gewonnen – oder vielmehr bestätigt bekommen. Zum einen leben wir in einer vom Irrsinn besetzten Wegwerfgesellschaft. Die Menschen schleppen mit einer Selbstverständlichkeit den Roller-Plunder auf den großen Sperrmüllberg, daß einem schwindlig wird. Und wenn man es ansieht, dann beschleicht es einen, daß an anderer Stelle derselbe Müll noch immer weiter produziert und verkauft wird, anstatt daß die Menschen sich mit Bedacht einmal im Leben gut einrichten, und das für immer, so wie früher. Aber seitdem es die Spanplatte gibt, sind Möbel Wegwerfartikel. Sie sehen nach keinem Wert mehr aus und haben den auch nicht.

Zum anderen muß es eine unglaubliche Armut geben. Was ich von meiner Mutter weggeschafft habe, war sicher nichts besonderes und in der Regel an irgendeiner Stelle kaputt. Ab 5 habe ich rausgestellt, gegen 8 war davon kaum



Foto: THOMAS GADTKE

noch etwas da. Ein paar Dinge konnte man noch wiederverwenden, aber vieles war nicht mehr sehr gut. Wie Hyänen sind sie unablässig um den Wandelstern »Müllberg« herum, haben raufgestapelt, während andere abgeholt haben. Eigentlich war der Müllberg eher eine Tauschbörse; viele Möbelstücke haben dort den Besitzer getauscht. HANS GRÜNTAL

## Regelmäßige Proteste in Eberswalde

**Eberswalde (bbp).** »Eberswalder Widerstand für Demokratie und Freiheit« in Zusammenarbeit mit dem »Bündnis freiheitsliebender Barnimer« rufen auf zum gemeinsamen Protest an jedem Montag, um 18 Uhr, und an jedem zweiten Sonnabend (nächster Termin: 19.11.), um 16 Uhr, jeweils auf dem Marktplatz Eberswalde.

Gefordert werden bezahlbare Energie und Energiesicherheit, Friedensgespräche und die Aufhebung aller Sanktionen, die den Bürgern und den Unternehmen schaden. Gefordert wird zudem, die Erdgaspipeline durch die Ostsee »Nordstream« wieder zu reparieren und in Betrieb zu nehmen. Alle Coronamaßnahmen, einschließlich der Impfungen, sollen beendet

und aufgearbeitet werden. Weitere Forderungen sind eine freie und unabhängige Presse sowie der Stop aller Waffenlieferungen an die Ukraine.

Das Bündnis »Eberswalder Widerstand für Demokratie und Freiheit« entstand Ende 2021 im Rahmen von Protesten gegen die Coronamaßnahmen der Regierung. Der Organisator der damaligen Demos MARCEL DITTRICH wird von einer »Anonymen Recherchegruppe« auf der Internetseite INFORIOT (inforiot.de/das-hier-ist-kein-spas-mehr) als »rechtsextremer Verschwörungsideologe« und »antidemokratischer QAnon-Hetzer« bezeichnet. Dittrich selbst widerspricht einer solchen Einordnung.

## Rote Hilfe im Barnim

Neue Spartakusgruppe will Verfolgtem helfen

**Für vom Staat verfolgte linke Aktivisten existiert seit den 1920er Jahren mit der »Rote Hilfe« eine spezielle Hilfsorganisation. In der BRD ist die »Rote Hilfe« als Verein organisiert und ist als solcher zumindest zeitweise selbst staatlicher Verfolgung ausgesetzt. Im Landkreis Barnim verfügt die »Rote Hilfe« über keine Strukturen. Bedarf gibt es inzwischen. Wie berichtet, kam es in diesem Jahr am Rande des Ehrengedenkens zum Tag der Befreiung am 8. Mai am Sowjetischen Ehrenmal in der Freienwalder Straße zu Strafverfolgungen. Nun hat sich die »Neue Spartakusgruppe« mit einem eigenen Hilfsangebot zu Wort gemeldet.**

Wie kann die NEUE SPARTAKUSGRUPPE dem von der Strafverfolgung betroffenen Genossen helfen? Meine Erfahrungen im Umgang mit den Handlangern des Hitler-Nachfolgestaates BRD stelle ich gerne zur Verfügung. Auch die anderen Genossen der Neuen Spartakusgruppe werden mit Rat und Tat zur Verfügung stehen.

Ich selbst kann aufgrund meiner Gehbehinderung leider nur mit Rat beistehen. Bereits vor 1990 konnte ich während meiner aktiven Zeit beim MfS viele Erfahrungen mit und über

die BRD sammeln. Später kamen eigene Auseinandersetzungen mit diversen Repressivbehörden des angeblichen Rechtsstaates hinzu.

Mit dem aktuellen Vorgehen gegen den Genossen L. begibt sich diese BRD inzwischen völlig ins Absurde. Die Vorwürfe sind damit vergleichbar, wenn eine Person zum Fotografen kommt und ein Gruppenfoto von sich möchte. Der Fotograf darauf: Na, dann stellen Sie sich mal im Halbkreis auf! KARL BLÄTTERMANN,

Sprecher der Neuen Spartakusgruppe



# Der Ruf nach schweren Waffen

Schweyk ist solidarisch mit der Ukraine (Teil 2)

**Während in der Bundesregierung und vor allem bei den Grünen noch darüber diskutiert wurde, ob und wie man der Ukraine schwere Waffen liefern sollte, hat Schweyk seinen ganz persönlichen Weg der schweren Waffenhilfe gefunden. Aber nicht nur das, er hat auch den perfekten Plan für die Lösung des Konflikts in petto. Unser Dank gilt dem Amt für Gesprächsaufzeichnung (AGA), daß die tadellose Haltung, die Schweyk im Konflikt um die Ukraine zeigt und sein Beitrag zur Konfliktlösung, wo sich überall Ratlosigkeit und Resignation breit machen, nicht unbemerkt und unbeachtet bleiben.**

...Weil der Selenskyj nach schweren Waffen gerufen hat, da hab ich gleich an meinen alten Karabiner denken müssen, den Karabiner M95 von Steyr Mannlicher aus der K.u.K-Armee, wo ich gedient hab. Mit dem konnte man schnell schießen, bis zu zwei Schuß pro Sekunde, die Kameraden sprachen nur vom »Ruck-Zuck-Gewehr«. Der war mir aber immer zu schwer gewesen. Wissens, das war ein Gewehrkolben aus Hartholz, der war sauschwer. Eine wirklich schwere Waffe. Damit sollte man ja dem Feind, wenn die Munition ausgegangen war und er einem arg auf den Pelz rückte, den Schädel einschlagen oder wenigstens die Rippen brechen können. Also das war schon eine schwere Waffe. Erzählns es aber nicht weiter, denn sonst krieg ich noch Ärger wegen eines vermeintlichen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Eure Behörden sind ja sehr streng in diesen Dingen.

Ich weiß auch nicht, warum ich grad diesen schweren Karabiner, wo ich eigentlich immer los werden wollte, weil mir der Kolben immer beim Marschieren in die Kniekehlen geschlagen hat, warum ich den über all diese schwierigen Zeiten gerettet hab. Als wir demobilisiert wurden, hätt ich ihn abgeben sollen, aber da war er grad, weil er so schwer war, nicht zur Hand, also bin ich mit ihm demobilisiert worden.

Naja in der tschechischen Republik achtete man eher drauf, daß es die Deutschstämmigen, wo ja sehr waffenaffin waren, nicht zu toll trieben. Da war mein Karabiner kein Thema. Schwierig war's, als die Deutschen dann in Prag einmarschiert sind. Da gab es Haussuchungen, aber den schweren Karabiner auf dem Dachboden, der da unschuldig an einem Dachbalken hing, vielleicht verdeckt von meinem alten Militärmantel, haben sie nicht bemerkt. Und auch nach'm Krieg, ja selbst nach dem Prager Frühling, wo es noch einmal hätt eng werden können, ist er nicht aufgefallen.

Ja, jetzt könnt ich den Ukrainern schon mit dem schweren Gerät aushelfen. A bissel entrostet müßt man ihn schon und vielleicht auch a wenig ölen. Aber das, hör ich, müßt man mit den ausgemusterten 100 Mardern, wo bei Rheinmetall lagern, auch tun. Bei meinem schweren Karabiner geht das schneller. Der Hartholzschäft ist voll intakt, da ist kein Wurm drin, den hält kein Schädel aus, auch kein russischer, auch nicht mit Helm, wenn der Schlag nur gut, also professionell, ausgeführt wird. Aber das haben die Ukrainer, wo seit 2014 von der amerikanischen Nationalgarde trainiert werden, ja gelernt. Da gibt es keinen Zweifel.

*Tazlerin: Schweyk weshalb bringen Sie die amerikanische Nationalgarde ins Spiel, wo es doch um ihren Karabiner geht? Wollen Sie die These der Putinverstehler unterstützen, die USA hätten sich in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt?*

Schweyk: Nein, nein, da verstehens mich falsch. Von einer Einmischung der USA in fremde Angelegenheiten kann da gar keine Rede sein. Wenn sich die USA in die Ukraine einmischen, dann sind das wirklich ihre eigenen Angelegenheiten. Da helfen sie nicht einem entfernten Nachbarn, nein, da geht es um ihre eigenen Leute. Sie wissen ja gar nicht, wie viele Amerikaner ukrainische Wurzeln haben.

Der Stern hat da neulich einen interessanten Bericht veröffentlicht. Kennens die Mila Kanis? Nein? Eine amerikanische Schauspielerin, sie ist in Kiew geboren. Der Dustin Hoffman, den kennens aber, hat auch ukrainische Wurzeln. Der Stephen Spielberg und viele andere, also praktisch das halbe Hollywood kommt aus der Ukraine. Auch die Milla Jovovich, und die Olga Kurylenko, das Bond-Girl, kommen aus der Ukraine. Sehens, den Ukrainern gehören schon unsere Herzen, da können wir sie jetzt nicht hängen lassen. Ich kenn mich nicht so gut aus im Show-Business, aber die Sternleute schon, das könnens mir glauben.

Wenn ich mirs recht überleg, dann sollte die Ukraine nicht einen Aufnahmeantrag in die NATO stellen, das ist eine Provokation, das sollte man dem Putin nicht antun, ihm mit der NATO so nah auf den Pelz zu rücken. Die Ukraine sollte sich besser um die Aufnahme in die Vereinigten Staaten von Nordamerika bemühen, als 51. Bundesstaat. Da passen sie besser hin, da leben ja schon viele ihrer Mitbürger und sind dort sehr erfolgreich.

Nein, so groß ist die Entfernung zwischen Kiew und Washington auch nicht, mit 7832 km Luftlinie sind das keine hundert Kilometer mehr als die Entfernung von Washington nach Honolulu. Und kam nicht der Präsident Obama aus Hawaii? Warum sollte der nächste US-Präsident nicht Selensky heißen? Die Ukraine müßt nur beitreten. Populär ist der Selensky in den US-Medien bereits. Der könnte dem Trump bei der nächsten Präsidentschaftswahl das Wasser abgraben oder ihn gar ausstechen.

So könnt man auch den Krieg rasch beenden. Daß Putin gegen die USA antreten möchte, das ist so gut wie ausgeschlossen, so weit reicht sein Arm nicht. Auch nicht am Freitag nach'm Krieg in Prag im Kelch.

notiert von HARTMUT LINDNER

## Redaktionelle Bemerkung:

In der Oktoberausgabe der »Bamimer Bürgerpost« war zur Herkunft der Infos über das Gespräch Schweyks mit der TAZ-Reporterin zu Schweyks Solidarität mit der Ukraine zu lesen: »notiert für die AGA von Hartmut Lindner«. Das ist natürlich falsch. Ein Fehler, hervorgerufen durch redaktionelle Fahrlässigkeit. Richtig ist, daß HARTMUT LINDNER dies u.a. für die BBP notiert hat und zwar nach den Aufzeichnungen bzw. Mitschnitten, die ihm von mutigen Mitarbeitern der AGA (Amt für Gesprächsaufzeichnung) vorgespielt worden sind – geleakt ist der moderne Ausdruck dafür. Den Leserinnen und Lesern der BBP ist dies bekannt, denn wir haben bereits eine Reihe solcher geleakten und von Hartmut Lindner aufbereiteten Informationen abgedruckt. Unmittelbar nach dem Beginn des NATO-Kriegs in Afghanistan geriet Schweyk erstmals ins Fadenkreuz der AGA, die seine Gespräche im Einstein samt seinem Ruf »Auf nach Kabul!« mitschnitt. Auch in der Eberswalder Bierakademie hörte das AGA mit, was Schweyk zum Thema Geld zu sagen hatte. Selbstredend waren die Leute der AGA auch in der BAMF-Zentrale in Nürnberg in der ehemaligen SS-Kaserne, die das BAMF aber lieber als ehemalige Merrill-Barracks bezeichnet, zu Gange.

Das AGA ist immer dabei, da gibt es keinen Zweifel. Von sich aus gibt das AGA, wie das bei solch geheimen staatlichen Organisationen üblich ist, keine Informationen heraus. Weil der Apparat so groß ist, ist aber die perfekte Kontrolle der Mitarbeiter schwierig, weshalb es immer wieder zu Indiskretionen kommt, die tief blicken lassen.

## Hurra! Endlich unabhängig!

Ab 1. Januar brauchen wir kein russisches Öl mehr zu verarbeiten und Schwedt produziert endlich dank der Weitsichtigkeit der Ampel nur noch mit 50 % der Kapazität! Und der »Kellner« bringt das Öl im Kanister nach Schwedt! Wir sind endlich frei von Diktatoren und haben neue Freunde. Die Diversifikation der Energiewirtschaft von LARS KLINGBEIL (SPD Co-Vors.) hat erfolgreich diese neuen Lieferanten akquiriert!

**Katar:** Todesstrafe und feudalistische Ausbeutung, LGBT-Entrechtung; **VAE:** Menschenrechtsverbrechen, willkürliche Verhaftungen; **Saudi-Arabien:** Massenhinrichtungen, Frauenentrechtung, Pressezensur, LGBT-Entrechtung; **Ägypten:** Militärdiktatur, Unterdrückung, Pressezensur, 60.000 politische Gefangene; **Kasachstan:** post-sowjetische Diktatur, Todesschüsse auf Demonstranten; **USA:** Todesstrafe, Abtreibungsverbot, Rassismus, willkürlicher Waffengebrauch durch jedermann und umweltschädliches Fracking-Gas mit grünem Segen

Wunderbar! Man sollte die Ampel auf rot schalten! Die SPD sollte bei ihrer Kriegsretorik á la 1914 daran denken, daß der Krieg zur nächsten Wahl nicht mehr jeden begeistert!

BERND C. SCHUHMANN

## Ganzheitliche Ernährung (22)

Vielleicht kennen Sie das: Wenn der Magensaft wieder hochkommt, tut es meist sehr weh. Der Mediziner spricht dann von Reflux.

Es ist durchaus normal, wenn hin und wieder etwas Magensaft in die Speiseröhre zurückfließt. Zu viel davon ist jedoch krankhaft. Die Magensäure hat einen pH-Wert zwischen 1 und 3, ist also sehr sauer. Die Schleimhaut der Speiseröhre ist der Magensäure schutzlos ausgeliefert und wird dadurch angegriffen. Dies kann zu Verengungen, Geschwüren und Narben, bis hin zur Vorstufe des sogenannten Barrett-Ösophagus führen und birgt die Gefahr einer möglichen Krebserkrankung in sich. Grund für das Zurückfließen des Magensaftes ist meist ein zu schwacher Schließmuskel zwischen Magen und Speiseröhre. Ein weiterer Grund kann die Überproduktion von Säure sein.

Wollen Sie keine Medikamente einnehmen, dann ist eine Ernährungsumstellung meist sehr effektiv. Trinken Sie vor allem stilles Wasser und ungezuckerten Tee. Kaffee sollten Sie nur in geringem Maße zu sich nehmen. Auf Alkohol, Fruchtsaft und Softdrinks sollten Sie besser verzichten, ebenso auf Wasser mit Kohlensäure. Statt zwei bis drei große Mahlzeiten sollten Sie idealerweise vier bis fünf kleinere Mahlzeiten zu sich nehmen. Sie sollten weiterhin darauf achten, möglichst viel Eiweiß zu sich zu nehmen, am besten aus Hülsenfrüchten, Milchprodukten, weißem Fleisch und, wenn Sie dies vertragen und nicht allergisch darauf reagieren, auf naturbelassene Nüsse und Samen. Gönnen Sie sich gute Fette wie Leinöl, Walnußöl oder Olivenöl, auch Butter zählt hierzu. Verzichteten sollten Sie dagegen auf fette Suppen, fette Soßen und zu große Mengen an Kochfett bzw. Streichfett. Bevorzugen Sie am besten magere Fleisch- und Wurstwaren, wie Kalber, Putenfleisch und Hühnerfleisch, Rinderfilet oder auch Schweinefilet.

Fettreiche Wurstwaren wie Fleischkäse, Leberwurst, Bauchspeck oder auch Salami sollten Sie möglichst vollständig aus Ihrem Speiseplan streichen. Auch paniertes bzw. frittiertes Fleisch ist nicht empfehlenswert. Alle scharfen Gewürze wie Curry, Chili, Knoblauch, Senf oder Mayonnaise sind ebenfalls nicht ratsam. Gemüse ist generell zu empfehlen, Sie sollten aber genau darauf achten, was Sie persönlich gut vertragen. Bei Obst bevorzugen Sie säurearmes Obst bevorzugen, wie Pflaumen, Weintrauben, Aprikose, Birne oder Banane. Verzichteten sollten Sie möglichst auf Orangen, Zitronen, Ananas, Grapefruit und Mandarinen.

Auch Süßigkeiten sollten möglichst nicht mehr auf Ihrem Speiseplan stehen. Bei Milch und Milchprodukten sollten Sie die fettarme Milch bevorzugen, bei Käse sollten es maximal 40% Fettanteil in der Trockenmasse sein. Zwieback, zarte Haferflocken und Müsli ohne Zucker sowie fein geschrotetes Vollkornbrot sind zu empfehlen. Weißbrot, Toastbrot und auch ganz frisches Brot sollten Sie meiden.

FALK HINNEBERG, ([www.hinneberg.info](http://www.hinneberg.info))

»Tag der Reinigungskräfte«:

## Die stillen Helden des Alltags

**Sie sind die stillen Helden des Alltags: Reinigungskräfte. Die Alloheim Seniorenresidenz »Haus am Werbellinsee« in Altenhof nutzte ihren Ehrentag am 8. November, um ihren Mitarbeitern des Reinigungspersonals ein herzliches »Dankeschön« für ihre tägliche Leistung zu sagen. Zudem soll mit dem »Tag der Reinigungskräfte« auf die große Bedeutung des Berufs aufmerksam gemacht werden.**

Den meisten Menschen ist die Leistung und das Engagement von Reinigungskräften gar nicht bewußt. Dabei ist Hygiene und Sauberkeit nicht nur in einer Pflegeeinrichtung von größter Wichtigkeit. Neben der Sauberkeit geht es um nachhaltige Hygiene, die Auswahl der richtigen Einsatzmittel und um kommunikative Fähigkeiten. Und das nicht erst seit der Corona-Pandemie. Es ist ein verantwortungsvoller Beruf, für den durchaus nicht jede Person geeignet ist. Neben dem Beachten von gesetzlichen Vorschriften und dem professionellen Umgang im Reinigungseinsatz, bringen unsere Kräfte viel Einfühlungsvermögen mit. Auch von unseren Bewohnern werden sie sehr geschätzt und sind häufig Ansprechpartner für ganz persönliche Anliegen.

Den »Tag der Reinigungskräfte« hat 2004 die Krimiautorin Gesine Schulz ins Leben gerufen. Ziel ist es, das Ansehen des Berufes und allen damit zusammenhängenden Faktoren darzustellen und zu unterstreichen, wie anspruchsvoll die Tätigkeiten sind.

Wir wollen unserem Team auch an diesem Tag zeigen, daß wir ihren täglichen Einsatz und ihre großartige Leistung würdigen und wertschätzen indem wir dem Reinigungspersonal und den Mitarbeitern der Wäscherei ein weiteres Mal von ganzem Herzen Dankeschön sagen! Mit Worten allein wird allerdings nichts erreicht. Wir setzen daher ganzjährig auf Familienfreundlichkeit und vielfältige Weiterbil-



Foto: ANGELA MATTHES

Als Zeichen der Wertschätzung überraschte Einrichtungsleiterin Angela Matthes die Reinigungskräfte an ihrem Ehrentag mit einem kleinen Frühstück und dankte ihnen auch im Namen der »Haus am Werbellinsee«-Bewohner für die geleistete Arbeit.

dungsmöglichkeiten, um das Berufsbild attraktiver zu gestalten und unserer Wertschätzung Ausdruck zu verleihen. Neben einer Festanstellung bieten wir unseren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen beispielsweise bei Bedarf kinderfreundliche Arbeitszeiten an. Dadurch können auch junge Mütter nach einer längeren Babypause leichter ins Berufsleben zurückkehren. Zusätzlich ermöglichen wir unserem Team auf Wunsch verschiedenste Fortbildungen und stehen ihnen in jeder Lebenssituation zur Seite. Unser Motto lautet »Wir dienen Ihrer Lebensqualität«. Das gilt nicht nur für unsere Bewohner, sondern auch für alle Teammitglieder.

ANGELA MATTHES

## Die Kiez-Promenade

Die wenigsten Bewohner des Brandenburgischen Viertels in Eberswalde wissen, daß ihr Kiez über eine offiziell so benannte Promenade verfügt. Im Brandenburg-Viewer ([bb-viewer.geobasis-bb.de/](http://bb-viewer.geobasis-bb.de/)) ist die Promenade zu finden, wenn man auf das Brandenburgische Viertel in Eberswalde zoomt und in der Auswahl »Liegenschaftskataster« die Ansicht »Flurstücke + Gebäude« aktiviert.

Dort ist zu sehen, daß sich die Kiez-Promenade von der Spechthausener Straße nördlich der »Specht«-Ruine und des neuen Sanitätshauses, dann südlich des AWO-Altersheims und weiter nördlich der »Heidewald«-Sporthalle und des Parkplatzes des Einkaufszentrums »Heidewald« bis zum Hintereingang des EKZ in der Schwedter Straße erstreckt.

Diese zentrale Wegachse des östlichen Wohngebiets setzt sich westlich des EKZ »Heidewald« über den Potsdamer Platz auf den Wegen südlich des Schul-/Hortkomplexes in der Kyritzer Straße fort und wird weitergeführt mit

dem Weg nördlich des Vereinshauses der Wohnungsgenossenschaft an der Havellandstraße und weiter bis zur Schwärzeseestraße.

Westlich des Potsdamer Platzes trägt die Promenade im Brandenburgischen Viertel allerdings laut Brandenburgviewer nicht mehr dieselben Namen. Das hat sicherlich damit zu tun, daß die städtischen Planungsbehörden irgendwann zur Jahrtausendwende die gesamtheitliche Gestaltung des Viertels aus dem Auge verloren hatten. Fast zwei Jahrzehnte lang stand der Abriß von Wohngebäuden im Kiez im Vordergrund des planerischen Interesses. Etwa ein Drittel der einstigen Wohngebäude im Viertel fiel der Abrißbirne zum Opfer.

Inzwischen ist die ganzheitliche Planung des Viertels wieder mehr oder weniger aktuell. Daher sollte an die alten Planungen erinnert werden, aus denen sicherlich die eine oder andere Anregung geschöpft werden kann.

ANNA FRÖHLICH

(aus [www.maxe-eberswalde.de](http://www.maxe-eberswalde.de))

BUND-Ökotip:

## Späne statt Streusalz, den Bäumen zuliebe

**Das übliche Streusalz besteht meist hauptsächlich aus Natriumchlorid, also aus Kochsalz. Der Einsatz von Salz gegen Glatteis und Schnee hat jedoch viele Nachteile, weshalb er in vielen Kommunen verboten ist. Denn das Salz kann nicht nur die Augen und Pfoten von Tieren verätzen, besonders groß sind die Schäden in der Natur:**

Mit dem Schmelzwasser versickert das Salz im Boden, belastet den Boden und schädigt die Wurzeln und Zellen von Bäumen sowie anderen am Straßenrand wachsenden Pflanzen. Sie können nicht mehr ausreichend Wasser und Nährstoffe aufnehmen, der Blattaustrieb verzögert sich, Laub fällt früher ab als üblich und die Pflanze erleidet oft den schleichenden Tod.

Häufig werden diese Streusalz-Schäden erst im nächsten Sommer sichtbar. Betroffen sind auch die häufigsten Straßenbaumarten wie Linde, Ahorn und Roßkastanie sowie die meisten Heckengehölze, die auf die Salze sehr empfindlich reagieren. Die durch das Salz geschwächten Bäume sind auch anfälliger für Infektionen durch Pilze oder Bakterien. Nicht zuletzt gelangt abgeschwemmtes Salz teilweise ins Grundwasser und belastet Kläranlagen, Flüsse und Seen, wo eine hohe Konzentration die Wasserlebewesen gefährdet.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) rät daher zum Verzicht

auf Streusalz. Bei Schneefall reicht es meist aus, Gehwege rechtzeitig und gründlich mit Schaufel oder Besen zu räumen. Bei Eis und Glätte können abstumpfende und rutschhemmende Mittel wie Sand, Kies, Splitt aus Steinen oder Sägespäne verwendet werden. Holzasche aus dem Kamin eignet sich ebenfalls, wird aber schneller wieder fortgeschwemmt. Kohlenasche sollte nicht verwendet werden, weil sie Schadstoffe enthalten kann. Auch empfiehlt der BUND bei anderen Streumitteln auf das Umweltzeichen »Der Blaue Engel« zu achten, das Produkte kennzeichnet, die frei von Salz und anderen umweltschädlichen Zusätzen sind. Hier gibt es zum Beispiel Mittel aus Blähton, Bims oder Basalt, die sogar wiederverwendet werden können. Generell sollten alle Streumittel nur sparsam verwendet werden, denn auch Produktion, Transport sowie das maschinelle Streuen und Wiederaufkehren von Splitt oder Kies verbrauchen Energie und belasten die Umwelt, so der BUND.

## Erst abgelehnt, dann kopiert

**SPD, CDU und Grüne übernehmen in ihrem Sammelantrag zum Wasserkonzept zahlreiche Inhalte aus Anträgen von BVB/Freie Wähler – ohne den Urheber kenntlich zu machen**

Ein dickes Ding erlaubten sich SPD, CDU und Grüne kürzlich im Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Brandenburgischen Landtages. Sie reichten einen Antrag ein, der in großen Teilen aus Inhalten von früheren Anträgen der BVB/Freie Wähler besteht. Diese hatten die SPD, CDU und Grüne in den beiden vergangenen Jahren regelmäßig im Landtag abgelehnt. Die darin angesprochenen Lösungsansätze zur Trinkwasserknappheit wurden damit um Monate verschleppt.

So fordert die Kenia-Koalition in Punkt 2 wörtlich »die Prüfung der Möglichkeiten der Durchführung eines Wasserchecks im Vorfeld aller Projekte zur Ansiedlung und Erweiterung von Industrie, Gewerbe, Siedlungen und Landnutzung«. Was ziemlich exakt dem Inhalt des Antrags von BVB/Freie Wähler »Checkliste für erfolgreiche Industrieansiedlungen in Brandenburg« entspricht. Diesen Antrag hatte die Kenia-Koalition noch im Mai 2021 abgelehnt.

Weiter fordert die Koalition in Punkt 5 »die Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Land Berlin, den Zweckverbänden und Kommunen im Rahmen der Siedlungswasserwirtschaft die Anpassung des Leitbilds Siedlungswasserwirtschaft an die aktuellen und künftigen klimatischen Bedingungen sowie dessen Umsetzung gemeinsam mit den Gemeinden und den kommunalen Aufgabenträgern.« Das entspricht ziemlich genau dem Inhalt des Antrags »Erarbeitung eines gemeinsamen Wassermanagements Berlin-Brandenburg«. Auch die Koalitions-Forderung in Punkt 7 nach der »Erarbeitung einer 'Wasserstrategie 2050' in Zusammenarbeit mit dem Land Berlin [...]« wurde inhaltlich Eins zu Eins von BVB/Freie Wähler übernommen.

Zudem fordert die Regierungskoalition die »Prüfung einer Wiederverwendung von gereinigtem Abwasser ohne bedenkliche Rückstände, insbesondere die Etablierung der 4. Reinigungsstufe in den Kläranlagen in Gebieten mit besonders defizitärem Gebietswasserhaushalt.« Das hatten BVB/Freie Wähler in ihrem Antrag »Zur Stabilisierung der Grundwasserspiegel vor Ort Klarwasser zur Versickerung aufbereiten« gefordert, den die Regierungskoalition erst im letzten Monat abgelehnt hatte.

Wir begrüßen natürlich, daß unsere Forderungen nun übernommen werden. Es zeigt, daß wir gute Arbeit leisten. Doch ist eigentlich üblich, den Urheber zu nennen – sonst nennt man das ein Plagiat. SPD, CDU und Grüne hätten den Antrag wenigstens gemeinsam mit unserer Fraktion einreichen können. Noch sinnvoller wäre es gewesen, die Koalition hätte unsere nun offensichtlich als Vorlage benutzten Anträge schon damals berücksichtigt. Dann wäre Brandenburg der Lösung der Trinkwasserknappheit schon deutlich näher!

Dr. PHILIP ZESCHMANN, BVB/Freie Wähler

## Hektik an der Hecke

*Geschäftiges Treiben beim Aktionstag der Initiative »Ahrensfelde summt!«*

Tatkräftig brachten sich Groß und Klein bei einem Aktionstag zur bienenfreundlichen Ortsrandgestaltung am ersten Novemberwochenende in Klarahöh ein. Die Initiative »Ahrensfelde summt!« hatte alle Bürgerinnen und Bürger der Region dazu eingeladen, gemeinsam eine bereits bestehende Totholzhecke weiterzubauen und Blumenzwiebeln für ein blütenreiches Frühjahr zu setzen. Neben zahlreichen Bürgerinnen und Bürger unterstützten der Regionalpark Barnimer Feldmark e.V., die Agentur Ehrenamt Ahrensfelde, der Ortsbeirat Lindenberger und die Gemeinde Ahrensfelde die Aktion. Anhängerweise Gehölzschnitt wurde aus den Gärten der Umgebung angeliefert, um den Lebensraum für holzbewohnende Insekten, Vögel und andere Tiere in dem Ahrensfelder Ortsteil zu erweitern.

»Bereits im Jahr 2020 begannen die Aktivitäten zur ökologischen Aufwertung der Fläche neben der Buswendeschleife mit der Pflanzung von Bäumen und Sträuchern zum Tag des Baumes«, blickt SUSANNE ERBE, Mitarbeiterin der Gemeinde Ahrensfelde, zurück. »Seitdem wurde die Fläche um etwa 40 Meter Totholzhecke ergänzt und das mit der Hilfe vieler Menschen aus der Gemeinde und darüber hinaus!«, berichtet sie weiter.

Mit der Zeit entsteht so ein wertvolles Biotop, denn die bestehende Totholzhecke, auch Benjeshecke genannt, bietet Schutz, zum Beispiel für neu aufwachende Blütenpflanzen, welche wiederum für die Honigbienen wertvoll



Foto: DAVID SUMSER

Blumenzwiebeln stecken mit tierischer Unterstützung.

le Nahrung bereitstellen. In diesem Jahr freut uns besonders, daß die vom Ortsbeirat Lindenberger gespendeten Blumenzwiebeln nun auch die benachbarte Buswendeschleife zum Blühen bringen werden und wir solch tatkräftige Unterstützung durch unsere Jüngsten bei deren Pflanzung hatten.

Auch in Zukunft möchte die Initiative »Ahrensfelde summt!« zu weiteren Aktionstagen in Klarahöh und andernorts einladen, hieß es aus dem Kreis der Anwesenden. Dabei sei sie auf neue Projektideen und weitere Unterstützung bei deren Umsetzung angewiesen. Ziel sei es, die Gemeinde Ahrensfelde zu einem bienenfreundlicheren Ort zu machen. Eine Möglichkeit zum Austausch über das Thema biete die Facebook-Gruppe der Initiative in der unter anderem über anstehende Aktionen informiert wird.

DAVID SUMSER

## Nun ist er endlich weg...

...unter Zurücklassen seiner Familie. Damit er merkt, wie nett die Deutschen trotz seiner »Freundlichkeiten« zu seinen Angehörigen sind: Solidarität und Humanismus sind unsere DNA, Botschafter Melnyk! Diffamierung von Menschen, die sie seinen Krieg nicht wollen, Beleidigung des Bundespräsidenten und Verächtlichmachung des Kanzlers waren seine DNA. Wer ist eigentlich dieser »Diplomat«?

Schon sein gleichnamiger »geistiger Großvater« Andrij Atanassowytsh Melnyk war ein ukrainisch-nationalistischer Miliz-Kommandeur, der gemeinsam mit dem berüchtigten Faschisten Stepan Bandera im Dienste der Nazi-Wehrmacht an der systematischen Verfolgung, Zusammentreibung und Ermordung von Polen, Juden und sowjet-ukrainischen Amtsträgern beteiligt war. Auch im Zusammenhang mit der Mordaktion von Babij Jar (bei Kiew) werden diese Horden erwähnt!

An der Münchener Grabstelle Banderas (in der UdSSR in Abwesenheit zum Tode verurteilt und 1959 nach westlicher Lesart vom KGB exekutiert) legte Botschafter Melnyk am 27.4.2015 einen Kranz nieder, ohne das unser Außenministerium protestierte.

Aber wir wollen ja nach vorn schauen. Wie wird Herr Melnyk ersetzt? Den »Diplomaten« ersetzt der Präsident der Ukraine Selenskij durch den bisherigen Chef der Abteilung für Sanktionen gegen Rußland. Das ist auch ein Programm, mal sehen, wie Frau Baerbock mit den ständigen Kiewer Belehrungen auf deutsch umgeht, wenn sie strahlend an jedem Ersten des Monats den fälligen 500-Millionen-Scheck unterschreibt.

BERND C.SCHUHMANN

## Vom Westen nichts Neues

*Der Westen weiß, wie man Frieden sät.  
Mit Sanktionen, schwerem Kriegsgerät.  
Dabei weiß doch jedermann,  
Daß man mit Öl nicht löschen kann.*

*Wozu Öl ins Feuer gießen?  
So werden keine Blumen sprießen.  
So entsteht nur neue Not.  
Schon fehlt in Afrika das Brot.*

*Schon schnellen Preise in die Höhe,  
Was ich bei jedem Einkauf sehe.  
Auch an der Tanke wird uns klar,  
Böckchens Politik ist wunderbar!*

*Ich fürchte, so wird's nicht gelingen,  
Putin in die Knie zu zwingen.  
Die Politiker sollten sich zusammenraufen  
Und ernsthaft die Friedenpfeife rauchen.*

RAINER KROBOTH

## Der Achtjährige Krieg

**Am 24. Februar hat der Aggressor Rußland die friedliebende Ukraine überfallen, die seitdem für uns die europäische Freiheit und Demokratie verteidigt. So das seitdem oft wiederholte Narrativ in den hiesigen Qualitätsmedien. Diesem Narrativ hat nun der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine Waleri Saluschny höchstselbst widersprochen. In einem Twittertweet vom 31.10. gab er bekannt, daß der Krieg nicht acht Monate, sondern bereits acht Jahre und acht Monate währt. Der nachfolgende Beitrag, der sich genau diesem Thema widmet, wurde bereits im März des Jahres geschrieben!**

Seit acht Jahren wütet der Krieg in der Ukraine. Als nach dem Maidan-Putsch im Februar 2014 die Menschen in der Ostukraine gegen die nationalistische Diskriminierung der russischen Minderheit – die im Osten die Mehrheit der Bevölkerung darstellt – rebellierte, schickte die Regierung des neuen Präsidenten Poroschenko das Militär in die Region, um die Rebellion zu unterdrücken. Unter Einsatz brutaler Gewalt gegen die mehrheitlich russischsprachige Zivilbevölkerung wurden die Rebellen aus weiten Teilen der Regionen Donezk und Lugansk zurückgedrängt, konnten dann aber mit Unterstützung aus Rußland der maroden ukrainischen Armee eine entscheidende Niederlage beibringen und sich im Südosten der beiden Regionen behaupten und dauerhaft als selbständige Volksrepubliken etablieren. Auf ukrainischer Seite hatten sich inzwischen die nationalistische Freikorpsverbände gefestigt, die 2014/15 nach der Niederlage der regulären Armee maßgeblich zur Stabilisierung der Frontlinie gegenüber den Milizen der Volksrepubliken beitrugen. Schließlich wurden die zum nicht geringen Teil faschistoiden Freiwilligenbataillone in die reguläre ukrainischen Armee eingegliedert oder als Nationalgarde dem Innenministerium unterstellt.

Seit 2015 gilt in der Ostukraine ein Waffenstillstand, in dem die Waffen nie still standen. Die von niemandem anerkannten Volksrepubliken von Donezk und Lugansk waren von ukrainischer Seite fast täglich einem fortwährenden Artilleriebeschuß ausgesetzt, der sich sehr oft gegen zivile Infrastruktur oder direkt gegen die Zivilbevölkerung richtete. Von 2014 bis 2021 starben laut dem UN-Kommissariat für Menschenrechte mindestens 14.000 Menschen in diesem Krieg, mehrheitlich Zivilisten, darunter viele Frauen und Kinder.<sup>2</sup>

Seit dem 24. Februar 2022 befindet sich der seit acht Jahren wütende Ukraine-Krieg in einer neuen Phase. Eines der vordergründigen Ziele des russischen Angriffs auf die gesamte Ukraine war, zumindest die Belagerung der Volksrepubliken aufzuheben. Das ist neben der offiziellen Anerkennung des Beitritts der Krim zur Russischen Föderation eines der erklärten Kriegsziele Rußlands. Die als weiteres Ziel benannte »Entnazifizierung« zielt offensichtlich vor allem auf die Auflösung der faschistischen und semifaschistischen militärischen Formationen, die aus den damaligen freikorpsähnlichen Freiwilligenbataillonen hervorgegangen sind, und wohl auch auf deren derzeitigen Einfluß auf die ukrainische Regierung. Weitergehend ist das formulierte Kriegsziel der »Entmilitarisierung«.

Hier dürfte weniger die ukrainische Armee als solche gemeint sein, als vielmehr die angestrebte und schon in großem Maße praktizierte Integrierung der Ukraine in die NATO. Alle Beteiligten wußten, daß gerade dies seitens Rußland nicht zu akzeptieren war.

Als der ukrainische Präsident anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz ganz offiziell davon sprach, daß die Ukraine nach Atomwaffen strebt, war das wohl kaum ein Argument, dem drohenden russischen Angriff Einhalt zu gebieten. Im Gegenteil. Das Land ist für eine atomare Aufrüstung trotz seiner maroden Wirtschaft durchaus in der Lage. Uran zählt zu den ukrainischen Bodenschätzen. Seit 2021 soll die Eigenförderung hochgefahren worden sein. Die technischen Erfahrungen aus Sowjetzeiten, als die Ukraine eine Atommacht war, sind noch verfügbar. Es fehlte nur noch ein System zur Urananreicherung, was aber lediglich eine technische Frage ist, bei der die Ukraine ohne weiteres auf die Hilfe ihrer Freunde aus Übersee hatte vertrauen dürfen.

Mit der avisierten atomaren Option der Ukraine zerbrach wohl letztlich der letzte Haltenagel, so daß Präsident Putin den Angriffsbefehl gab.

Die Leidtragenden sind – wie immer – die einfachen Menschen in den betroffenen Ländern beiderseits der Frontlinie und die Soldaten, die für die Machtgelüste der herrschenden Eliten auf den Schlachtfeldern ihr Leben oder ihre Gesundheit lassen.

GERD MARKMANN (13.3.2022)

### Anmerkungen:

1 – Dieser Text wurde unmittelbar nach dem 24. Februar 2022 geschrieben. Inzwischen scheint die Vorgeschichte dieses Angriffs aus dem öffentlichen Bewußtsein weitgehend verschwunden zu sein. Daher wurde dieser Text aus dem reichhaltigen Archiv der unveröffentlichten Texte doch nochmal ausgegraben.

Die im privaten Umfeld geäußerte Aussage des Autors zum russischen Angriff lautete damals: »Entweder wird das ein schneller Sieg der Russen oder es wird schlimm.« Es wurde schlimm. So schlimm, daß inzwischen – wie kaum jemals zuvor – ein thermonuklearer Weltkrieg droht, der das Ende der Menschheit bedeuten wird.

2 – Laut dem Journalisten Ulrich Heyden starben davon 5.000 in der VR Donezk, 4.000 in der VR Lugansk und 5.000 im von Kiew kontrollierten Teil des Donbass. Ein Drittel waren Zivilisten, zwei Drittel ukrainische Soldaten und Soldaten der Volksrepubliken. »Der Anteil der Freiwilligen aus Rußland unter den Toten ist minimal«, stellte Heyden fest.

Quelle: <https://www.andreas-wehr.eu/protokoll-des-ukrainischen-buergerkriegs.html> (abgerufen am 28.10.2022)

Kundgebung vor der Barnimer Ausländerbehörde:

## Abschiebungen und Isolation

**Eberswalde (bbp).** Am 1. November trafen sich auf Einladung der Initiative »Barnim für alle« viele Menschen, mehrheitlich Geflüchtete, vor der Barnimer Ausländerbehörde in Eberswalde, um gegen die fortgesetzte Isolation der Geflüchteten in meist sehr abgelegenen Heimen und die sogenannten »Duldungen«, die den Betroffenen den Zugang zu Sprachkursen, Arbeit und Wohnungsmarkt fast unmöglich machen, und in vielen Fällen sogar mit Arbeitsverbot und Leistungskürzungen einhergehen, zu protestieren.

»Dienstags ist der Tag, an dem alle Menschen mit Duldung und Gestattung ihre Ausweise verlängern müssen, deshalb demonstrieren wir am Dienstag«, erklärt Ahmed Rahama. »Die Kundgebungen sind für uns sehr wichtig, um zu zeigen, daß die Geflüchteten im Barnim alles mitbekommen, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Behörde tun.«

Ein weiterer Anlaß für die Kundgebung waren Abschiebungen, die bundesweit in diesem Jahr sehr häufig stattfinden, zuletzt am vergangenen Dienstag eine Sammelabschiebung nach Kenia, bei der einige der Betroffenen direkt bei Terminen bei Ausländerbehörden verhaftet wurden. Sie wurden von der Polizei zur kenianischen Botschaft gebracht, die Ausreisepapiere ausstellte, und dann direkt per Abschiebe-Charterflug nach Kenia abgeschoben. »Soweit wir bisher wissen, war diesmal niemand aus dem Barnim betroffen. Wir möchten aber wissen, welche Abschiebungen die Barnimer Behörde in diesem Jahr schon zu verantworten hat und welche noch geplant sind!«, fordert Fiona Kisoso.

Die Forderungen an die Ausländerbehörde sind: Keine Abschiebungen zu unterstützen oder zu organisieren, keine Duldungen, vor allem keine Arbeitsverbote und »Duldung light«, zu erteilen, und die Geflüchteten nicht rassistisch zu behandeln.

Zu den Bedingungen in den Barnimer Heimen veröffentlichte »Barnim für alle« kürzlich einen Bericht vom Heim Joachimsthal. In einem Video wird der Weg entlang einer Straße, ohne Beleuchtung und durch den Wald, der vom Bahnhof zum Heim 30 Minuten dauert, eindrücklich gezeigt. Frühere Berichte, u.a. von den Bedingungen im Heim Basdorf, wurden von verschiedenen Medien aufgegriffen.

## BRD für Faschismus

**New York (bbp).** Am 4. November nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen einen Resolutionsentwurf an zur »Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus, des Neonazismus und anderer Praktiken, die zur Eskalation der heutigen Formen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz beitragen«. Es handelt es sich um eine jährliche Routineabstimmung. In diesem Jahr stimmten 106 Länder für die Resolution. Anders als in den vorherigen Jahren stimmten diesmal nicht nur die USA und die Ukraine dagegen, sondern auch die BRD, Großbritannien, Frankreich, Japan, Italien, Georgien, die baltischen Staaten und Ungarn.

## Besuch in Joachimsthal

Einige Mitglieder von »Barnim für alle« besuchten am 21. Oktober die Gemeinschaftsunterkunft in Joachimsthal. Die Situation ist immer noch dieselbe wie vor einem Jahr. Aber auf dem Heimgelände wurde ein zusätzlicher Container aufgestellt. Einige Familien beschwerten sich über die Kälte in den Räumen. Der Weg zum Heim ist immer noch so schlecht wie beim letzten Besuch im November 2021. Es gibt keinen Fußgängerweg. Man muß direkt auf der unbeleuchteten Straße laufen, um zum Supermarkt, Bahnhof oder zur Bushaltestelle zu kommen. Auch die Kinder sind gezwungen, auf der Straße zu laufen, egal ob es regnet, stürmt oder schneit. Der Weg zum Heim im Wald ist noch unbefestigt. Es besteht dieselbe Isolationspolitik. Die Mitarbeiter dort tun nichts und geben keine richtigen Informationen.

Wir haben festgestellt, daß einige der neuen Familien die deutsche Sprache nicht verstehen und nicht wissen, was sie tun sollen. Die Mitarbeiter haben ihnen z.B. das Postsystem nicht ausreichend erklärt. Mehrere Tage lagen wichtige Briefe im Büro, woraufhin eine Familie mehrere Termine beim Arzt und Jobcenter verpaßt hat. Einer der Heimbewohner hat ein psychisches Problem. Einmal wurde er am Einsteigen in den Zug gehindert. Es kommt vor, daß er sich mehrere Tage in seinem Zimmer isoliert, überhaupt nicht herauskommt. Und keiner der Heim-Angestellten kümmert sich um seine Situation. Für »Barnim für alle« ist klar, daß Solidarität und direkte Unterstützung für Geflüchtete sowohl physisch, mit unseren Besuchen, als auch mit Informationen von größter Bedeutung sind.

Initiative »BARNIM FÜR ALLE«

## Privateigentum enteignen

**Berlin (bbp).** Die Grünen-Chefin Ricarda Lang hat mehr Hilfe für die Ukraine gefordert und will dafür das in der BRD eingefrorene Vermögen russischer Oligarchen verwenden. Angesichts des nahenden Winters und der Kriegsschäden müßten die humanitäre Hilfe und der Wiederaufbau vorangetrieben werden, sagte sie Anfang November im Interview mit der Welt am Sonntag. Rußland müsse schon jetzt für die Kosten dieser Hilfen aufkommen: »Allein in Deutschland sind über mehrere Milliarden Euro an russischem Vermögen eingefroren, etwa von russischen Oligarchen. Europaweit ist der Betrag deutlich höher.« Dieses Vermögen sollte, so Lang, zum Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden.

Gemeinsam Lichterfelde e.V.:

## Herbstputzaktion



Foto: SIVVA ZACHARIAS

Am 15. Oktober haben sich die Mitglieder des Vereins »Gemeinsam Lichterfelde e.V.« wieder zum Arbeitseinsatz auf der Grünfläche der Buswendeschleife nahe der Lichterfelder Siedlung getroffen. Herbstlaub wurde geharkt und entfernt, die Wiese gemäht und stachelige Wildwuchstrieb an den Robinienstämmen entfernt. Anschließend ist die Fläche mit Blumenzwiebeln optisch aufgewertet worden. Zum Einpflanzen standen 400 Elfenkrokusse, 200 Balkan-Buschwindröschen, 40 Tulpen und einige Narzissen zur Verfügung. Allesamt handelt es sich um Frühjahrsblüher, die als erste Nahrungsquelle für Bienen einen hohen Wert haben. Sie sind mehrjährig und sollten sich nach einigen Jahren über die gesamte Fläche ausbreiten. Im Frühjahr wird dann die Aussaat der Echten Schlüsselblume erfolgen.

Weiterhin geplant ist die Anpflanzung von einigen Büschen an Wildrosen. Dies muß allerdings noch mit der Gemeindeverwaltung abgesprochen werden. Am Ende des Arbeitseinsatzes wurden die fleißigen Helfer mit Kaffee, leckeren Würstchen im Schlafrock und gefüllten Blätterteigtaschen verköstigt.

ADINA HINNEBERG

## Kino im Heidekrug

Am Freitag, dem 18. November, um 19.30 Uhr zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. den Spielfilm »Hive« (Kosovo, Schweiz, Albanien, Nordmazedonien 2021). Handlung: Fahrijes Ehemann wird seit dem Kosovo-Krieg vermißt. Neben ihrer Trauer hat ihre Familie auch finanziell zu kämpfen. Um sie zu versorgen, gründet sie ein kleines landwirtschaftliches Unternehmen, aber in dem traditionellen patriarchalischen Dorf, in dem sie lebt, werden ihr Ehrgeiz und ihre Bemühungen, sich und andere Frauen zu stärken, nicht als positiv angesehen. (Länge: 84 Minuten, FSK: 12). Eintritt: 6 €, keine Reservierung erforderlich.

GISBERT AMM

Jimmy kam aus dem Eberswalder Stadtteil Nordend, wohnte aber später irgendwo in der Altstadt. Er war klein bis mittelgroß von schlanker sportlicher Gestalt. Sein Gesicht erschien immer leuchtend rot und war damals nach oben von einer goldblonden Lockenpracht abgeschlossen. Blaue Augen und eine leichte Knollennase, die als Hinweis auf eine Freundschaft zum Alkohol schließen lassen, vervollständigen die Beschreibung seines Gesichts, obwohl er keineswegs als Säufer zu bezeichnen wäre. Auffällig war bei ihm sein sehr lautes Akustikemissionsorgan, er brüllte sehr oft, und öfter zurecht. Der Grund dafür war sicherlich sein Beruf als Schlosser im Raw »8. Mai«, oder vielleicht auch familiär, denn sein Bruder Kurt Gimsa war damals ein bekannter und vorbildlicher Brigadier im Stahlbau des VEB Kranbau Eberswalde und dort war es bekanntermaßen immer sehr laut.

Als Schlosser leistete Jimmy Gimsa eine gute Arbeit und war im Beruf durchaus vorbildlich. Bei Störungen im Arbeitsablauf zeigte er wenig Respekt bezüglich seiner Vorgesetzten und prangerte sie auch an, wenn sie die Störung verursachten. Ebenso äußerte er lautstark seinen Unmut, wenn beim Werkessen etwas nicht stimmte. Insgesamt war er ein recht freundlicher Typ mit einem sehr ausgeprägten Gerechtigkeitsinn.

Nicht nur akustisch, sondern auch optisch bot Jimmy Besonderes. Als einer der ersten trug er in Eberswalde Nietenhosen, heute Jeans genannt (dieses Wort gab es damals noch nicht) mit Ringelsocken – zur damaligen Zeit

## Neue Sozialförderrichtlinie

**Eberswalde (prest-ew).** Im Zuge ihrer Versammlung am 18. Oktober haben die Eberswalder Stadtverordneten die neue Sozialförderrichtlinie beschlossen. Mit dieser Richtlinie gehen neue Regelungen sowie mitunter auch neue Antragsformulare einher.

Damit sind diese neuen Formulare für Zuwendungsgewährungen ab dem 1. Januar 2023 bereits relevant und für entsprechende Beantragungen zu nutzen. Sowohl die neue Richtlinie als auch die zugehörigen Antragsformulare sind auf der Internetseite der Stadt Eberswalde unter anderem unter [www.eberswalde.de/start/bildung-und-soziales/foerderung-sozialer-massnahmen](http://www.eberswalde.de/start/bildung-und-soziales/foerderung-sozialer-massnahmen) abrufbar.

Die maßgebliche Neuerung und insoweit Abweichung von den Regelungen der bisherigen Richtlinie findet sich unter Punkt 3.1 der neuen Sozialförderrichtlinie.

Hierbei geht es um die Eigenanteile, die bei Antragsstellern und Antragsstellerinnen mit mehrheitlich oder ausnahmslos hauptamtlich Tätigen mindestens 25 Prozent, bei Antragstellern und Antragstellerinnen mit sowohl ehrenamtlich als auch hauptamtlich Tätigen mindestens 10 Prozent betragen müssen. Für Selbsthilfegruppen und andere ausnahmslos ehrenamtlich organisierte Gruppen und/oder Initiativen entfällt der Eigenanteil.

Alternative Prominente (Folge 22): Jimmy Gimsa

## »Und Melissa lebt!«

**Jimmy war ein verrückter Typ, den man oft in den 60-er und Anfang der 70-er Jahre des vorigen Jahrhunderts in den Nachmittags- und Abendstunden in der Eisenbahnstraße (damals von den Eberswaldern Rennbahn genannt) begegnete. Die Motorisierung war noch recht bescheiden, so daß sich Jugendliche und etwas ältere in dieser Straße als Fußgänger trafen.**

waren Socken einfarbig und meist in Graustufen. Zeitweise war bei ihm auch ein goldenes Halskettchen zu sehen, für die damalige Zeit ungewöhnlich bei einem Mann.

Jimmy verkehrte häufig an den Wochenenden im Kreiskulturhaus (heute Kulturhaus Schwärzetal – damals auch Schuppen genannt). Sonst besuchte er den Ratskeller, um alkoholische Getränke zu genießen. Charakteristisch für ihn, ein Brüll, wenn er den Saal im Schuppen betrat. Bei der Damenwelt konnte er mit so einem Verhalten nicht punkten. Aber Jimmy schaffte es, daß ihm ein Hausverbot im Schuppen ausgesprochen wurde. Bei einer Tanzveranstaltung – heute Disco genannt – tanzte er Rock and Roll. Daneben kann man ihm eine gewisse Rauflust bescheinigen, wobei er seinen Gegnern höchstens oberflächliche Wunden verpaßte.

Ein Mann mit so einem Brüllorgan war natürlich für den Einsatz auf einem Fußballplatz als Schlachtenbummler (das Wort Fan gab es damals auch noch nicht) bestens geeignet. Als Beschäftigter im Raw wäre dafür die Mannschaft von Lokomotive Eberswalde infrage gekommen. Jimmy wählte aber die Konkurrenz, also Motor Eberswalde. Irgendwann muß es mal zu einem Vorkommnis gekommen sein, jedenfalls erhielt Jimmy zeitweise Stadionverbot. Näheres ist leider nicht mehr bekannt.

Als sich Jimmys wilde Jahre dem Ende näherten, wechselte er den Betrieb. Er arbeitete nun als Schlosser im Schlosserbetrieb Stillich, der in der Schillerstraße angesiedelt war. Die Schlosserei Stillich fertigte u.a. das Geländer der Friedensbrücke. Bis zur Rekonstruktion und dem damit zusammenhängenden Auswechseln des Geländers gab es dort noch ein Firmenschild von Stillich. Der Schlosserbetrieb hatte ein Halbzeuglager an der Ecke Schillerstraße/Carl-von-Ossietzky-Straße. Dort steht heute einer der architektonisch häßlichsten Neubauten von Eberswalde.

Es gibt nun eine Geschichte, wie das in der Überschrift genannte Zitat große Verwunderung und euphorisches Verhalten bei manchen Eberswalder Bürgern verursachte.

Zur Situation: Es ist wichtig, wann jemand an welchem Ort in welcher Situation einen solchen Satz ausruft. Das Jahr 1966 war das letzte Jahr, in dem es in der DDR einen Mangel an Fernsehgeräten gab. Zuvor konnte man ein Fernsehgerät erst nach einer mehrmonatigen Anmeldung kaufen. Ab 1967 war diese Versorgung gesichert und es konnte jeder auch ohne Anmeldung ein Empfangsgerät kaufen. Dieser Mangel führte damals zu einem gewissen soli-

darischen Verhalten unter den DDR-Bürgern. Es entstanden private Sehgemeinschaften, die sich in Privatwohnungen gemeinsam die Fernsehprogramme anschauten. Oft war das nicht das Adlershofer Fernsehen, sondern das erste Programm des Westfernsehens, was damals noch nicht als ARD bezeichnet wurde.

Nun muß man wissen, das Westfernsehen lieferte fast in jedem Jahr, wie manchmal auch das Adlershofer Fernsehen, einen Krimi-Mehrteiler. Bei den Westkrimis wurde regelmäßig auf den englischen Autor Francis Durbridge zurückgegriffen. Der war durch seine mehrteiligen im BRD-Rundfunk gesendeten Hörspiele mit dem Detektiv Paul Temple sehr bekannt. Seine mehrteiligen Fernsehspiele waren absolute Straßenfeger, rund 80 Prozent der Bevölkerung in beiden Deutschlands saß abends vor dem Fernseher. Gastwirte in Westdeutschland beschwerten sich sogar beim Fernsehen, weil die Gaststätten an diesen Sendeabenden leer blieben. Richtige Durbridge-Kenner rätselten dann immer, wer der Mörder sein könnte.

Die Fernsehkrimis von Durbridge zeichneten sich durch eine recht verwickelte Handlung aus, es waren sehr geistreiche Fernsehsendungen. Obwohl in s/w gesendet, hatten die Durbridge-Krimis inhaltlich viel mehr Farbe als der heute gesendete Fernsehkrimiplunder.

Alle Fernsehbesitzer in unserer Gegend schauten natürlich die interessanten und spannenden Durbridge-Krimis – aber niemand sprach darüber in der Öffentlichkeit. Bei dem Krimi namens »Melissa« aus dem Jahre 1966 wurde die Titel-Person schon zum Anfang der ersten Folge ermordet. Trotzdem blieb ihre Stimme und ihre Spur auch noch nach ihrer Ermordung im Krimi präsent, obwohl sie doch tot war. Warum? Alle Zuschauer rätselten.

Und nun begab es sich, daß eine Feier von Sportlern in der HOG Stadtmitte – später »Weidmannsheil«, von den Eberswaldern Wildsau genannt – stattfand. Nach einer offiziellen Rede über Planerfüllung und Kollektiv wurde es damals recht lustig, wie Augenzeugen berichteten. Der Alkohol floß und die Feier war sehr lautstark. In dieser Situation stieg Jimmy auf einen Stuhl, und brüllte: »Und Melissa lebt!« Die Gäste grölten. Obwohl niemand Melissa kannte, wußten alle Bescheid. Dieser Ausruf war die Stimmungsbombe.

Irgendwie wurde es dann um Jimmy zunehmend ruhiger. Schon Anfang der 70-er Jahre wurde er nicht mehr in der Eisenbahnstraße gesehen. Es ist nicht bekannt, was aus ihm geworden ist.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

## 2. Senftenhütter Erzählcafé:

### *Glückliche Kindheit jenseits des Krieges*

**Geschichte wird geschrieben, Geschichte wird gemacht und Geschichten werden erzählt. Ein jeder Mensch hat seine Geschichte. Und ein Dorf? Ein Dorf hat viele Geschichten. Geschichten werden erzählt: auf der Straße, im Verein, über den Zaun und am Küchentisch. Manchmal sind es immer wieder dieselben. Geschichten können aber auch öffentlich erzählt werden. so wie es am 03.10.2019 bereits Siegfried Krause (\*1928) im 1. Senftenhütter Erzählcafé tat und nun etwas mehr als 3 Jahre später, am 29.10.2022, Frau Lisa Rose (\*1939).**


Foto: KONRAD ROTENBERG

Frau Rose berichtet von ihrer aus Senftenhütte stammenden, plattdeutsch sprechenden Mutter und von ihrem Vater, der nach dem 1. Weltkrieg mit dem Treck aus Ostpreussen kommend, hier strandete. Nach einem ersten Bier in einer der damals drei Gastwirtschaften des Ortes wird er durch das Urteil des Dorfschmieds Dannewitz »Ja, der ist in Ordnung!« als willkommen geadelt und ist bald über die Dorfgrenzen hinaus als fähiger Elektriker geschätzt.

Frau Rose erzählt aus den Zeiten des Krieges, der in der konkreten Wirklichkeit der Senften-

hütter Kinderwelt gar nicht so schrecklich war, davon wie sie als Kinder im Panzer der einquartierten Soldaten Ausfahrten unternehmen konnten.

Im April 1945 machte sich der Großteil der Einwohner auf den Treck. Hier waren die Erfahrungen ihres Vaters hilfreich, der bereits wußte, wie ein treck-tauglicher Planwagen herzurichten und auszustatten ist und der mit seinem NSU-Motorrad die für die Planwagen passierbaren Wege erkundete. Der Treck ging bis Malchow, wo die Sowjetarmee und die Engländer aufeinander trafen und von dort wieder

zurück. Als schlimm erinnert sie das Bild der befreiten Frauen des KZ Ravensbrück in ihrer gestreiften Kleidung, die auf kleinen Kochern Essen im Birkenwald kochten.

Wie groß war die Kinderfreude, als man zusammen mit vereinten Kräften die Wagen den Krausenberg hochschob und den zurückgebliebenen »Alten« im Mai wieder in die Arme laufen konnte. Die Jungs suchten dann in den Wäldern nach Munition, wo viel versteckt worden ist und die Sowjetarmee lagerte. Es kam hier auch zu tragischen Unfällen. Hunger gab es in ihrer Erinnerung nicht. In Senftenhütte wohnten seinerzeit beinahe dreimal so viele Einwohner wie heute in noch weniger Häusern.

Es war trotz allem eine glückliche Kindheit für unsere Erzählerin, auch wenn teilweise ab 3 Uhr am Morgen die Posse\* gemäht, Rüben, Kartoffeln gezogen werden mußten. Nach ihrem Hilferuf: »I' krieg' die Nud'ln damit nit rut!« half erneut der Dorfschmied und schmiedete eine zweckmäßigere Hacke. Bei einem Feldeinsatz mit ihrer Mutter wurde Frau Rose bei aufziehendem Gewitter auch Zeugin eines Kugelblitzes, der die Hochspannungsleitung zwischen Senftenhütte und Buchholz entlangraste. Das Holz wurde noch auf den berühmten Senftenhütter Hundekutschen aus dem Wald gezogen.

Neben den Arbeiten war Zeit für Streiche, für Fahrten mit dem Pieksschlitten auf der vereisten Posse. Ohne Fernseher sorgten die Senftenhütter mit Gesang in den Lauben vor den Häusern für Unterhaltung. Zum Tanzen wurde in Gastwirtschaften des Ortes, aber auch in die Nachbardörfer, z.B. bei Schnee bis Altkünkendorf durch den Grumsin (10 km), gegangen. Es war noch die Zeit, in der die Männer in der letzten Steinschlägergrube der Gegend, in den Ihlowbergen, arbeiteten und die Frauen im Wald Holz schlugen.

Die »Alte Schule« war noch Schule, hier wurden in zwei Etagen acht Klassen von einem Lehrer beschäftigt. Anwesende erinnerten sich an die Aufgaben und die assistierte Betreuung durch ältere Kinder. Nach acht Jahren war für Frau Rose Schluß, aber insbesondere der Mathematikunterricht durch den Lehrer Rossa sollte ihr bei ihrem späterem Studium und ihrer Weiterqualifikation zur Abteilungsleiterin in der Materialwirtschaft des Petrolchemischen Kombines in Schwedt (Personalnummer 13) zugute kommen.

Erinnerungen wurden untereinander abgeglichen, durch die sehr interessierten Besucher ergänzt und bereichert. Café und Kuchen schmeckten und das individuelle Mosaik der Erinnerungen konnte für einen Moment die Gestalt einer dörflichen Identität annehmen. Herzlichen Dank Frau Rose.

*NICO CONRAD für den  
Kultur- und Bildungsverein Senftenhütte e.V.*

## »Unser Leben ist ein Schatten«

### *Besinnliches Konzert mit Stücken der Familie Bach*

Die Familie Bach prägte über einen Zeitraum von 150 Jahren das musikalische Leben in Mitteldeutschland. Wer etwas auf sich hielt, hatte »einen Bach« als Kirchen- oder Hofmusiker. JOHANN SEBASTIAN BACH, der berühmteste Sproß dieser Musikerfamilie, sammelte in seiner Zeit als Thomaskantor in Leipzig im sogenannten Altbachischen Archiv die besten Werke seiner Vorfahren.

Am Totensonntagswochenende lädt der Junge Kammerchor Berlin gemeinsam mit dem Collegium Musicum Panketal ein zu einem besinnlichen Konzert mit Motetten zum Thema Trost und Trauer von vier Generationen der Familie Bach. Neben J.S. Bachs berühmter Motette »Jesu, meine Freude« erklingen anrührende Werke seiner Vorfahren JOHANN BACH und JOHANN CHRISTOPH BACH sowie seines Sohnes JOHANN CHRISTIAN.

Johann Bach (1604-1673): *Unser Leben ist ein Schatten*

Johann Christoph Bach (1642-1703): *Lieber Herr Gott, wecke uns auf, Es ist nun aus mit meinem Leben*

Johann Sebastian Bach (1685-1750): *Jesu meine Freude* BWV 227, *O Jesu Christ, meins Lebens Licht* BWV 118

Johann Christian Bach (1735-1782): *Streichquartett D-Dur*

Es musiziert das Collegium Musicum Panketal, Leitung Niels Templin, in der Besetzung:  
Violinen: Niels Templin, Marlene Keller  
Viola: Friederike Templin  
Viola 2 (nur »Jesu meine Freude«) Josephine Stoll  
Violoncello: Regine Daniels-Stoll  
Trompeten: Theo Wendt, N.N.  
Orgel/Cembalo: N.N.  
Junger Kammerchor Berlin, Leitung Juliane Roeber

**Sonnabend, 19. November 2022 ab 18 Uhr  
St.-Annen-Kirche, Schönower Str. 74, Panketal  
Sonntag, 20. November 2022 ab 17 Uhr  
Auenkirche, Wilhelmsaue 119, 10715 Berlin  
THORSTEN WIRTH**

\* Posse – Feuchtwiesen westlich des Dorfes Senftenhütte, die im 18./19. Jahrhundert einem verlandeten See bzw. Sumpf abgerungen wurden.

## Zwei Ausstellungen im Freizeit-Schiff

Grafiken von Hans Ticha und Fotos & Fundstücke von Hans Jörg Rafalski

**Eberswalde (bbp). Am letzten Sonntag im Oktober – einem schönen sonnigen Tag mit angenehmen spätsommerlichen Temperaturen um die 20 Grad – gab es im Freizeit-Schiff der Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG in der Prignitzer Straße 50 eine besondere Premiere. In der GALERIE FENSTER wurden gleich zwei Ausstellungen eröffnet, die beide bis Ende Februar 2023 zu sehen sein werden.**

In den bisherigen Räumen im Obergeschoß können Grafiken von HANS TICHA besichtigt werden. Ticha, Jahrgang 1940, arbeitete zunächst als Lehrer für Kunsterziehung und Geschichte in Lindenthal bei Leipzig, bevor er 1965-1970 an der Hochschule für bildende und angewandte Kunst in Berlin-Weißensee studierte und anschließend als freischaffender Maler und Buchillustrator in Berlin arbeitete. Seit 1993 lebt und arbeitet er im Maintal.

Im Oktober wurde Hans Ticha auf der Frankfurter Buchmesse für sein Lebenswerk geehrt. In Eberswalde ist die bislang größte öffentliche Zusammenstellung seiner Grafiken zu sehen. Die Grafiken können »von der Wand« weg gekauft werden. Die Leerstellen werden durch neue Grafiken gefüllt...

Unter dem Titel »Erosion« zeigt HANS JÖRG RAFALSKI in dem neuen Galerieraum im Erdgeschoß Fotos & Fundstücke der Industriekultur des Finowtals. Der Eberswalder wurde 1965 geboren und machte sich 1995 als Grafik- und Kommunikationsdesigner selbstständig – mit Farbe, Sprache und Fotografie (und vielem mehr). In seinem Buch »Erosion – Spuren der Industrie-

kultur im Finowtal« betrachtet er erzählerisch und in atmosphärischen Bildern die großartige Vergangenheit des bedeutendsten historischen Industriestandortes der Mark Brandenburg sowie das, was in der Gegenwart davon noch nachvollziehbar ist. Mit seiner Fotoserie zum Oder-Havel-Kanal wurde er Gewinner des 18. Brandenburgischen Kunstpreises 2021 in der Kategorie Fotografie. Neben den ausgestellten Fotos sind zu den Öffnungszeiten der Galerie auch die drei bisher in Rafalskis Verlag »Papierwerken« erschienenen Bücher (EROSION – Spuren der Industriekultur am Finowkanal / IR-LAND – Das wunderbare Land der 41000 Himmel und O'Sullivan's / EROSION – Spurensuche am Finowkanal) erhältlich.



Die Vernissage, zu der Galeriebetreiber UDO MUSZYNSKI und HANS JÖRG RAFALSKI mit einigen Worten die rund 60 Gäste begrüßten, wurde von RICHARD KOCH (Trompete) musikalisch begleitet.  
Foto: Gerd Markmann

## In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser, die Redaktion bittet um Beachtung, daß die nächste Ausgabe als Winterausgabe und laut der aktuellen Planung in doppeltem Umfang, also mit 32 Seiten erscheinen wird. Redaktionsschluß ist Sonntag, der 11. Dezember. Erscheinungstag soll Dienstag, der 20. Dezember sein. Die erste Ausgabe im neuen Jahr wird dann voraussichtlich Anfang Februar erscheinen.

Für eine dauerhafte Fortführung der BBP ist dringend eine personelle Verstärkung von Redaktion und Verein notwendig. Menschen, die sich für eine redaktionelle oder organisatorische Mitarbeit interessieren, melden sich bitte unter der eMail-Adresse vorstand@barnimer-buergerpost.de.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

## Das Letzte...

Neulich kaufte ich im Naturladen ein paar Äpfel, sehr lecker. Und die waren auch nicht teurer als im Supermarkt, weil nicht so groß.

Die Drehtür der Sparkasse hatte ein Macke, dafür sah ich Irina aus der Frankfurter mit ihrem Mütterchen.

Im Museum sah ich mir den alten Film von 1990 an, der simultan neueren Aufnahmen gegenübergestellt ist. Tatsächlich sahen manche Häuser nicht mehr schön aus, im Gegensatz zum euergedopten Jetzt, aber früher sah man viele Menschen überall, es war viel mehr los in Eberswalde und der Film an sich hatte sogar eine künstlerische Ader, mit Natur und Hinein- und Herauszooms. Leider konnte man mir den Filmschaffenden nicht sagen. Die Aussage soll wohl sein: schaut her wie schön es doch jetzt aussieht, aber früher war es lebendiger finde ich ...

FRANK PLISCHKE

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)

**e-mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de

**internet:** www.barnimer-buergerpost.de

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 9. November 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist voraussichtlich am 11. Dezember 2022.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN  BIC  Bank

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonent/in

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

**Coupon senden an:** Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)